

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.50 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Bestellungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 6. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechspaltige Spalten-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Berennungskreislagen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (voll-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlo-
 fstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Frage der Budgetbewilligung.

Unser Stuttgarter Mitarbeiter irrt sich in der von ihm in den beiden letzten Artikeln ausgesprochenen Annahme, daß es sich bei der Frage der Ablehnung des Etats nur um eine taktische Frage handelt, die mit einer Schwenkung grundsätzlicher Art nichts zu tun hätte. Wir glauben gern, daß unsere Genossen der württembergischen Landtagsfraktion dieser Ansicht sind, allein die Mehrheit der Partei stand bisher durchaus auf einem anderen Standpunkte. Das beweisen die Abstimmungen der beiden Parteitage, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben.

Bekanntlich kam es wegen der Bewilligung des Finanzgesetzes durch die bayerische Landtagsfraktion auf dem Parteitage in Frankfurt im Jahre 1894 zu einer lebhaften Debatte. Eine Resolution kam damals nicht zustande. Das lag aber nicht daran, daß die Mehrheit des Parteitages die Abstimmungsfrage als eine rein taktische, eine bloße Zweckmäßigkeitsfrage betrachtet hätte — wurde damals doch gerade ein Antrag, wonach die Gesamt-Abstimmung über die „Finanzgesetze der Einzelstaaten“ für „eine reine Zweckmäßigkeitsfrage“ erklärt werden sollte, die „nach den örtlich und zeitlich gegebenen Umständen“ zu beurteilen sei, mit 142 gegen 93 Stimmen abgelehnt. Daß damals keine Resolution angenommen wurde, die sich gegen die Bewilligung aussprach, lag an ganz besonderen Umständen. Es war eine Resolution folgenden Wortlautes eingebracht worden:

„Es ist Pflicht der parlamentarischen Vertreter der Partei, wie im Reichstage so in den Landtagen Uebelstände und Ungerechtigkeiten, die in dem Klassencharakter des Staates wurzeln, der nur die politische Organisationsform für die Wahrung der Interessen der herrschenden Klassen ist, mit aller Schärfe zu kritisieren und zu bekämpfen; es ist weiter Pflicht der Vertreter der Partei, alle geeigneten Mittel zu ergreifen, um bestehende Uebel zu beseitigen und andere Zustände im Sinne unseres Programms zu schaffen. Da ferner die Regierungen als Leiter von Klassenstaaten die sozialdemokratischen Bestrebungen auf das heftigste bekämpfen und jedes Mittel, das ihnen zweckmäßig erscheint, ergreifen, um die Sozialdemokratie, wenn möglich, zu vernichten, so ist die notwendige Folge, daß die Vertreter der Partei in den Landtagen den Regierungen ein Zeichen des Vertrauens nicht geben können und, da die Bewilligung des Gesamtbudgets als Vertrauensvotum gilt, in der Gesamt-Abstimmung gegen das Budget zu stimmen haben.“

Zu dieser Resolution hatte die Stadtfraktion das Amendement gestellt, die Worte: „Da die Bewilligung des Gesamtbudgets als Vertrauensvotum gilt“, durch die Worte:

„So weit die Bewilligung des Gesamtbudgets eine Anerkennung der Berechtigung des bestehenden Klassenstaates oder ein Vertrauensvotum für die Regierung enthält“

zu ersetzen. Dieses Amendement wurde mit 131 gegen 103 Stimmen angenommen; die so geänderte Gesamtresolution jedoch mit 164 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Die Verteidiger der ersten, abgelehnten Resolution hatten nämlich für das Amendement gestimmt und ihm damit zur Annahme verholfen; bei der Schlussabstimmung über die Gesamtresolution vereinten sie aber ihre Stimmen mit denen jener Genossen, die unter Führung Bebels das Amendement Stadtfraktion als eine zu weitgehende Konzession an den Standpunkt der ersten Resolution ablehnten.

Im Jahre 1901 kam es in Lübeck abermals zu einer Erörterung der Frage. Die Debatte endete damit, daß folgende Resolution Bebels angenommen wurde:

„In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normaler Weise ablehnen.“

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.“

Bebel ließ keinen Zweifel darüber, wie die Worte „nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen“ zu verstehen seien. Er erklärte:

„Nach meiner Auffassung sind es nur ganz ausnahmsweise Fälle, für die einmal der letzte Satz der Resolution in Frage kommen könnte. Da man sich doch, wenn man einen solchen Satz vorschlägt, fragen muß, wann könnte das sein? so will ich Ihnen die zwei Fälle anführen, die dabei für mich in Betracht gekommen sind. Der eine Fall, der infolge der eigentümlichen Budgettechnik, die ja nicht überall gleich ist, eintreten kann, und die auch in Hessen bereits eingetreten ist, ist der, daß ein für die Steuerzahler günstigeres Budget fallen und ihnen ein ungünstigeres aufgehalten würde, wenn unsere Genossen nicht für das erstere gestimmt hätten. Man zieht dann das kleinere Uebel dem größeren vor. Der andere Fall ist folgender: Im Gothaer Landtag sitzen neun Genossen von uns und zehn Gegner. Nehmen wir an, nach der nächsten Wahl ist es umgekehrt. Dann verlangen wir selbstverständlich, daß

unser Genossen in Anbetracht ihrer Majorität das Budget nach ihrer Auffassung gestalten und dann müssen sie doch auch dem Budget zustimmen. Das ist selbstredend. ... Das sind also die beiden Fälle, und da habe ich mir allerdings sagen müssen: so weit können wir nicht gehen, daß wir unseren Leuten unter allen Umständen einen Knüttel zwischen die Beine werfen.“

Daß für die Mehrheit der beiden Parteitage in Frankfurt und Lübeck die Abstimmungsfrage keineswegs eine bloß taktische, eine Zweckmäßigkeitsfrage darstellt, beweisen die Ausführungen der Vertreter der Majorität. So erklärte Genosse Wurm in Lübeck in seinem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion:

„Die Fraktion hat einmütig gegen das Budget gestimmt, aber nicht nur, weil die Reichseinnahmen hauptsächlich auf den indirekten Steuern beruhen, die vorzugsweise den ärmeren Teil der Bevölkerung belasten, und nicht nur, weil die Sozialdemokratie dem kulturfeindlichen Militarismus jeden Großkonsum verweigert, sondern auch, weil wir durch die Ablehnung des Budgets den grundsätzlichen Gegensatz zum Ausdruck bringen, in dem sich die Arbeiterklasse gegenüber dem kapitalistischen Klassenstaate und seiner Regierung befindet. Das ist der Standpunkt, den die Sozialdemokratie im Reichstage immer eingenommen hat, leider aber nicht überall in den Einzelstaaten, und ich bedauere das auf das tiefste.“

Es ist also zweifellos, daß die Mehrheit der Partei bisher den Standpunkt vertreten hat, daß nur in den von Bebel genau bezeichneten Ausnahmefällen die besonderen Umstände erlicht werden könnten, nicht aber auch in der Situation, die unser Stuttgarter Mitarbeiter für Württemberg geltend macht.

Damit soll nicht gesagt sein, daß wir in der Bebel'schen Resolution eine besonders glückliche Lösung der auf dem Lübecker Parteitag verhandelten Streitfrage erblicken. Konsequenter wäre es gewesen, wenn dem Antrage Singers entsprechend der letzte Satz der Resolution, der ausnahmsweise aus „zwingenden Gründen“ die Budgetbewilligung gestattet, gefallen wäre. Nicht als wenn nicht ganz abnorme Verhältnisse eintreten könnten, die vielleicht eine Abweichung von der Regel nötig machen; aber gleich für solche Zwangslagen Ausnahmebestimmungen zu statuieren, die den sozialdemokratischen Landtagsfraktionen jederzeit die Möglichkeit bieten, wenn auch erst nach einer den ursprünglichen Sinn verflachenden Interpretation, sich für ihre Budgetbewilligung auf diese Ausnahmebestimmungen zu berufen, ist nicht gerade rätlich. Dürften doch derartige „Ausnahmefälle“ nur sehr selten eintreten. Auch die von Bebel angeführten beiden Fälle können nicht ohne weiteres als Ausnahmen gelten. Der „Gothaer Fall“ fällt insofern nicht unter die Ausnahmefälle, als alle die Gründe und Umstände, die uns bestimmen, heute gegen den Etat zu stimmen, sofort wegfallen, wenn die sozialdemokratische Fraktion in einem Parlament die Mehrheit ist und damit die Möglichkeit erlangt, das sozialdemokratische Programm zu verwirklichen, wenn auch zunächst mit Rücksicht auf die überlieferten Staats- und Gesellschaftsverhältnisse nur im langsamen Etappenmarsch. Was ist die Budgetablehnung unter den heutigen Verhältnissen? Sie ist ein Mittel der Opposition gegen den kapitalistischen Klassenstaat, eine Negation seiner finanziellen Grundlagen. Sobald aber die Verwaltung des Staates in sozialdemokratische Hände übergeht und die sozialdemokratische Partei die Möglichkeit erlangt, ihre Forderungen durchzusetzen, hört für sie die Oppositionsstellung auf. Wollte sie dann ihrem Programm entsprechende Forderungen in das Budget aufnehmen und darauf das Gesamtbudget verwerfen, also sich selbst die Mittel zur Verwirklichung ihrer Forderung verweigern, so wäre das lediglich ein Protest gegen sich selbst. Demnach gehören Fälle, wo, wie Bebel sagte, die Genossen in einem Landtag die Mehrheit sind und die Möglichkeit haben, „das Budget nach ihrer Auffassung zu gestalten“, gar nicht zu den sogenannten Ausnahmefällen. Voraussetzung ist natürlich dabei, daß die sozialdemokratische Mehrheit in den betreffenden Landtagen tatsächlich das Budget im wesentlichen nach ihrer Auffassung zu gestalten vermag. Hat sie z. B. nur in der Zweiten Kammer die Mehrheit, während die Erste Kammer in den Händen der Gegner ist, und hat diese das Recht, das Budget der Zweiten Kammer zu verwerfen und dieser ihren Willen aufzuzwingen, so liegt selbstverständlich die Sache ganz anders. Dann fordert es vielmehr geradezu die Pflicht der sozialdemokratischen Mehrheit der Zweiten Kammer, das Budget abzulehnen und im Kampf gegen die Erste Kammer diese zur Aufhebung ihrer Budgetprivilegien zu nötigen.

Auch ob der von Bebel erwähnte sogenannte „heftige Fall“ zu den Ausnahmefällen zählt, ist zum mindesten zweifelhaft. Präzise formuliert, handelt es sich bei ihm um nichts anderes als die Frage: „Hat dann, wenn durch Ablehnung eines Budgets gewissen Schichten der Bevölkerung eine höhere Steuerzahlung auferlegt wird, die sozialdemokratische Partei die Verpflichtung oder das Recht, für das Budget zu stimmen?“ Legt man das Hauptgewicht darauf, sich ein gutes Agitationsfeld im Kleinbürgertum zu sichern, dann mag die Annahme des Budgets richtig sein. Eine andere Frage ist aber, ob die Bewilligung nicht die Aufrechterhaltung des Klassenkampfcharakters unserer Partei, ihre Oppositionsstellung zum heutigen Klassenstaat und ihre innere Geschlossenheit beeinträchtigt, und ob sie ferner nicht den pro-

letarischen Elementen, die sich des Gegenstandes ihrer Interessen zu denen der bürgerlichen Schichten bewußt sind, als eine widerspruchsvolle schwächliche Nachgiebigkeit erscheint. Sehr richtig erklärte denn auch Bebel selbst 1894 in Frankfurt:

„Vollmar hat die Abstimmung unserer heftigen Landtags-abgeordneten für das Budget erwähnt. Ich hätte nicht für das Budget gestimmt. Ich hätte gesagt: Ich bin unschuldig, wenn Ihr höhere Steuern zahlen müßt. Haltet Euch an die, die die Steuern bewilligt haben. Ich habe nicht nur gegen die höheren Steuern, sondern gegen die Steuern überhaupt gestimmt.“

Doch, es würde hier zu weit führen, die Lübecker Budgetresolution zu kritisieren; sie ist vom Lübecker Parteitag angenommen und gilt vorläufig als Norm. Sicher ist aber, daß die Mehrheit des Parteitages, die den letzten Satz der Bebel'schen Resolution annahm, unter den „zwingenden in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen“ andere Motive verstanden hat, als unsere Genossen der württembergischen Landtagsfraktion.

Die Etatbewilligung der württembergischen Genossen trägt gerade nach den Darlegungen der beiden Artikel den ziemlich unerschleierten Charakter eines Vertrauensvotums für die Regierung. Die Gründe dafür werden ja eingehend aufgezählt: ihre verständige Haltung in Sachen der Gewerbeinspektion, die Erklärung des Justizministers in der Frage der sozialdemokratischen Schöffens, das Entgegenkommen bei den Schulanträgen der Sozialdemokratie, die höhere Befolgung der staatlichen Arbeiter usw. Deshalb also, weil in Württemberg die Brückierung und Schürigelung der Sozialdemokratie fehlt, die speziell Preußen auszeichnet, glaubte man diesmal, der Regierung das Mißtrauensvotum ersparen zu sollen! Daneben kamen allerdings noch andere Gründe in Frage, so die Erwägung, ob die Ablehnung gerade des ersten Etats der reinen Volkstammer von „politischem und agitatorischem Nutzen“ gewesen wäre, also gewissermaßen Rücksichten auf die Regierung und gewisse Wählerkreise, die eine prinzipielle sozialistische Politik möglicherweise nicht verstanden haben würden.

Das China-Abenteuer.

Die deutsche Sozialdemokratie hat aufs schärfste protestiert, als Deutschland auf die Seite von Frankreich und Rußland trat, Japan um die Früchte des Friedens von Simonofski zu bringen; sie hat es als eine phantastische Weltpolitik bezeichnet, daß Deutschland durch die Pachtung von Kiautschou zu verstehen gab, es erachte die Zeit für die Aufteilung Chinas gekommen. Kurz sie war damals „antinationale“, „unpolitisch“, „vaterlandsverräterisch“ und wie die schönen Ausdrücke alle noch heißen mögen, womit und Wilhelm II. Säulen und Liebert zu kritisieren pflegen. Heute wären die Leute, die die hohe deutsche Politik machen, froh, wenn sie auf die Worte der verachteten Arbeiterpartei gehört hätten. Die Mißerfolge unserer auswärtigen Politik wären geringer, das Deutsche Reich hätte eine schwere Sorge weniger und hunderte Millionen wären erspart! Das empörendste und zugleich das erstaunlichste aber ist der blutige Dilettantismus, mit dem unsere auswärtige Politik, für die damals noch der alte Hohenlohe verantwortlich zeichnete, in Ostasien gehandelt hat. Sie hat sich durch ihre unkluge Intervention Japan verfeindet und vielleicht den Krieg mit Rußland mittergeschuldet. Sie hat diesen Krieg nicht vorausgesehen, hat die Kräfteverhältnisse der wichtigsten asiatischen Mächte augenscheinlich nie geahnt. Sie hat durch ihr Eingreifen England auf die Seite und zum Bündnis mit Japan getrieben, wie sie später durch den vielleicht noch schlimmeren Marokko-Krampf Frankreich, Italien und Spanien mit England vereinigt hat, dem sich in Ostasien und bald vielleicht auch im nahen Orient, der letzten Hoffnung des deutschen Imperialismus, Rußland wird anschließen müssen, trotz des freundlichen Willkommengestimmels, mit dem die „Nordd. Allg. Ztg.“ im Namen des Volkes des Jaren begrüßt. Kurz, die deutsche Politik hat eine völlige Unbekanntheit mit den wirklichen Machtverhältnissen gezeigt, hat alle Mächte gegen sich aufgebracht und hat nichts erworben als Kiautschou — ein Pfand für sein Wohlverhalten gegenüber Japan. Denn das und nichts anderes ist Kiautschou, und das ist es, was zeigen die englischen Fragen, die in jüngster Zeit immer häufiger aufgeworfen werden, nicht von Sozialdemokraten, sondern von sehr kolonial-begeisterten Herren, denen sich jetzt auch Herr Graf Ernst v. Reventlow angeschlossen hat. Er veröffentlicht in der „Zukunft“ einen Artikel: „Sollen wir Kiautschou aufgeben?“, der wertvoll ist, weil er den vollständigen Bankrott der deutschen Politik in Ostasien in Worten darlegt, die „antinationale“ und „unpatriotischer“ auch nicht von einem Sozialdemokraten geschrieben werden könnten: „Bald sind es zehn Jahre, seit das Kiautschougebiet besetzt wurde. Daß die Erwerbung ein Fehler war, wird wohl heute von den meisten zugegeben.“ Militärisch — ein verlorener Posten, als Flottenstützpunkt — eine Schimäre, lautet sein Urteil. Nicht ohne Ironie erinnert er an das Wort vom „Rücken teilen“, das damals Herr v. Bülow als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sprach. Die Besetzung Kiautschous war eine unangenehme Ueberraschung für alle Mächte. „Auf allen Seiten unangenehm zu überraschen, war ein politischer Fehler; ein un-begreiflicher; denn die Stellung im Osten war von einem isolierten Deutschland ja nicht zu halten.“ Der Mann, der den unbegreiflichen Fehler gemacht und verteidigt hat, ist natürlich Bülow. Graf Reventlow aber meint: „In welche Weltede wir und auch stellen, um auf die neue Geschichte der deutschen Politik zurückzublicken: stets erfüllt uns dieselbe Bitterkeit; überall daselbe Bild unüberlegter Engherzigkeit, wankelmütiger

Schwäche, ungeschickten Tappens, verpaßter Gelegenheiten. Zu ändern ist nichts mehr; aber viel daraus zu lernen."

Reventlow urteilt auch über die wirtschaftlichen Aussichten der chinesischen Pacht ziemlich skeptisch. Größere Bedeutung würde diese nur erhalten, wenn die Schantung-Bahn Anknüpfung an die Bahn nach Peking erzielte. Aber er selbst muß zugeben, daß diese Bahnanbahn für Deutschland aus politischen Gründen kaum zu erhalten sein werden. So hat uns Kantschou eigentlich bis jetzt nur zehn Jahre Arbeit und Mühe gelöst. Die Ausgaben betragen bis jetzt ungefähr 108 Millionen Mark (es ist nur der direkte Reichszuschuß gerechnet). Vom nächsten Jahre an würde der jährliche Zuschuß viel geringer werden, weil die Hofenanlagen nebst Zubehör bald fertig sind; finanziell selbstständig wird das Gebiet für absehbare Zeit nicht; es ist aber ein Durchgangspfad und braucht eine starke Garnison."

Kantschou ist also eine unhaltbare Position, die uns politisch nur schadet. Wir müssen es also aufgeben, und das ist um so leichter, als der Pachtvertrag diese Möglichkeit vorsieht und China für diesen Fall zur Erlegung der von Deutschland gemachten Aufwendungen verpflichtet. Es befechtet nochmals die ganze Kurzsichtigkeit der deutschen Regierung, wenn Reventlow erzählt: „Nur vor dem Krieg hat China sich bereit erklärt, die Auslagen zurückzuerstatten...; auch soll es wichtige Eisenbahngestellen, eine Kohlenstation und ein besonderes deutsches Siedlement in Shanghai und im (chinesischen) Kantschou in Aussicht gestellt haben. Wie es scheint, hat die deutsche Regierung damals keine Lust gehabt; jedenfalls sind die Verhandlungen nicht zum Abschluß gekommen. Die gütlich und so sehr zu unseren Ungunsten veränderte Lage hat nun, darauf lassen mehrere Einzelheiten schließen, die deutsche Regierung bezogen, die Verhandlungen wieder aufgenommen. Auch im Reichstag soll hinter verschlossenen Türen die Kantschoufrage erörtert worden sein."

Falls die letzte Behauptung richtig ist, wird es um so nötiger sein, daß unsere Fraktion auch bei offenen Türen über diesen Ausschnitt unserer Weltpolitik ein energisches Wort redet.

Wer aber meint, daß auch Herr Reventlow für die Zurückgabe Kantschous eintritt, kennt die Psychologie unserer Ueberpatrioten nicht. Herr Reventlow möchte Kantschou als politisches Spekulationsobjekt benutzen. Zu halten ist es nicht, die Rückgabe wäre vernünftig, aber sie wäre auch ein offenes Eingeständnis der Unfähigkeit und Leichtsichtigkeit, mit der man in Deutschland Politik macht. Und das können die Reventlows nicht brauchen, die die kapitalistische Expansionspolitik ebenso wollen wie die Regierung, aber vernünftiger und außerdem noch streupeloser. Und so kommt der Herr Graf zu einem anderen Schluß: „Betrachten wir deshalb die Kantschoufrage ohne alle Hoffnungen, halten wir uns stets vor Augen, daß wir kein Mittel haben, weder politisch noch militärisch, sie zu schützen und uns zu erhalten, wenn eine der Mächte, China, Japan oder England, uns dort nicht mehr als Pächter sehen will. Es war ein Fehler, das Gebiet zu pachten; es aber aufzugeben, ohne sichere Vorteile dafür zu erhalten oder ohne direkt dazu gezwungen zu sein, wäre ebenso unrichtig. Die freiwillige Aufgabe würde auch nach innen nicht günstig wirken: sie würde Depression erzeugen, an der wir wahrhaftig genug haben. Die von außen aufgezwungene Notwendigkeit dagegen würde eine Erbitterung schaffen, die man brauchen könnte. Allerdings nicht, um nach allzu lange schon gewohnter Art den Weltfrieden, internationale Zivilisation und Kultur als das höchste aller Güter und als einziges „nationales“ Ziel zu preisen."

Wir gesehen, das ist abgebräuter Nihilismus. Der Wiederan spekuliert auf die Wegnahme eines „deutschen“ Gebietes, das nebenbei gesagt von Deutschland übersehen und ganz unrechtmäßigerweise China weggenommen wurde und für Deutschland nur schädlich ist, um dann mit dem nötigen „nationalen“ Geschrei das Vaterland in Gefahr zu erklären, um dann die bedrängten und betrogenen Massen für Ziele zu benutzen, die nicht „der Weltfrieden, internationale Zivilisation und Kultur“ sind, sondern die Entfesselung der Barbarei eines europäischen Krieges, einer kolonialen Deutopolitik und im Innern einer Anebelung der Sozialdemokratie.

Freiinn und Wahlrechtsreform.

Unser Frankfurter Parteiorgan veröffentlicht einen Artikel über die Willovsche Wahlreform für Preußen, der zu gleicher Zeit in der „Frankf. Tagespost“ unter der Stichmarke „Willovs Geheimnis“ erschienen ist und, wie die Frankf. „Volksstimme“ einleitend bemerkt, „von sehr unterrichteter Seite“ stammt. In diesem Artikel wird dargelegt, daß Raumann „nur das unbewußte Werkzeug eines freisinnigen Verrats“ sei. Raumann infizierte eine freisinnige Verabredung mit dem Fürsten Wilow, die bestimmt sei, dem Freisinn den Schein eines liberalen Erfolges zu verschaffen:

„Der eingeschobene Liberalismus wird eine lebhaftige Agitation für das demokratische Wahlrecht mit den drohenden Gebärden und lärmenden Worten entfalten. Den Erfolg hat ihm der Kanzler als Lohn für die Modiruse im voraus gesichert. Unter dem Eindruck der mächtigen Agitation wird Wilow bei Beginn des preussischen Landtags zwar keinen Entwurf vorlegen, aber ihn anknüpfen für den nächsten Landtag nach den Wahlen. Der Willovsche Entwurf sieht so aus: Allgemeines, direktes, geheimes Wahlrecht mit Wurzstimmen für Besitz und Bildung, außerdem eine ständische Vertretung der Landwirtschaft durch Delegierte der Landwirtschaftskammern. Dies Wahlrecht ist augenblicklich dem blockierten Freisinn versprochen worden. Möglich, daß bis zur Eröffnung des Parlaments noch in einzelnen Punkten geändert wird. Auf Grund einer solchen Gewerksängerei zieht der Freisinn Hand in Hand mit dem Fürsten Wilow in den Wahlrechtskampf. Die Spekulation beider Teile ist klar. Wilow will den Block am Leben halten, den er zur Einschränkung des Preussentums braucht. Der Freisinn aber wird sich mit dem Erfolg seiner „demokratischen“ Agitation brüsten, die zwar nicht alles erreicht, aber doch endlich die Wahlrechtsfrage in Fluß gebracht habe. Damit hofft er nicht nur den freisinnigen Verrat zu verdecken, sondern auch populäre Straftat zu gewinnen. Was kann aus all den Zusagen werden, ist nicht die Sorge der beiden Kumpane. Nur über den Tag hinaus und Pfeffer in die Augen!"

Wir vermögen nicht zu beurteilen, auf welchen Informationsdiese Darstellung beruht. Aber es bedarf auch gar nicht der Kenntnis irgendwelcher Geheimnisse über einen solchen Kriegsplan, um auf Grund naheliegender Kombinationen eine solche Taktik zu vermuten. Hat doch, um nur einige Momente zu wiederholen, die offiziöse gepöbelte „Frankfurter Zeitung“ bereits vor Wochen einen solchen Verlauf der Wahlkampagne angekündigt. Als der „Vorwärts“ ihr mit einigen Gewissensfragen auf den Leib rückte, so: ob der Freisinn sich mit der bloßen Versprechung einer Wahlrechtsreform durch Wilow und schließlich mit einer Fli-

reform nach sächsischem Muster zufrieden geben werde, hat das „demokratische“ Blatt die Verantwortung dieser Fragen unter etlichen faulen Redensarten abgelehnt. Dieses Kneifen der „Frankfurter Zig.“ war nicht minder berechtigt als der resignierte Rat der freisinnigen „Beier-Zig.“, doch keinen Kampf um unmögliche Forderungen zu führen, sondern sich mit den Nationalliberalen auf das Erreichbare zu einigen, also auf die Forderung eines Privilegiertenwahlrechts ähnlich der sächsischen Wahlrechtsreform. Nur ein politischer Illusionist ersten Grades könnte sich also einbilden, daß man nunmehr, nach den Versicherungen der Herren Raumann, Gormann und Payer, dem Freisinn ohne weiteres die Energie zutrauen dürfe, den Kampf um das Reichstagswahlrecht nicht nur aufzunehmen, sondern auch konsequent und mit den politisch tauglichen Mitteln durchzuführen!

Gerade deshalb aber halten wir es für die Pflicht der Sozialdemokratie, den Freisinn unausgesetzt vorwärtszudrängen, ihm, um ihn vor dem Straucheln zu bewahren, unausgesetzt den Nacken zu steifen, ihn keinen Augenblick aus dem Auge zu verlieren!

Sollte Fürst Wilow gemeinsam mit dem Freisinn — was wir für sehr möglich halten — tatsächlich eine so wohl-ausgedachte Komödie zur Dürpierung der entrechteten und mit freisinniger Hilfe auch ferner zu entrechtenden Wählermassen aufzuführen gedenken, so würde dieser Plan ja ungeheuer schlaue eingefädelt sein, wenn — nicht die Sozialdemokratie existierte! Denn es ist doch selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie einen so durchsichtigen Volksverrat dem Freisinn so antreiben würde, daß seine Hoffnungen auf einen Gewinn an Popularität durch einen solchen Bloßbetrug schmählich in die Brüche gehen würden.

Im übrigen befinden wir uns ganz in Uebereinstimmung mit der „Leipz. Volksztg.“, die zu Raumanns Vorgehen bemerkt:

„Dies (gemeint ist der erst der Rot entsprungene Aufruf zur Massenagitation für das Reichstagswahlrecht für Preußen) bewirkt, ist ein unstreitbares Verdienst des Herrn Raumann. Er hat zwar nicht der Regierung oder dem Junkertum, aber seiner eigenen Partei einen Rippenstoß gegeben und sie damit von dem Lotterbette aufgeschreckt, worauf sie sich allzu lange gewälzt hat. Wie lange ihre Erinnerung dauern wird, ist freilich eine andere Frage, allein da Herr Raumann sich darüber beklagt, daß alle in der Brust des Freisinns aufsteigenden Heldentümpfe durch die böse sozialdemokratische Kritik erstickt würden, so wollen wir das Beste annehmen und uns der Hoffnung hingeben, daß der Freisinn nunmehr endlich die Versäumnis langer Jahrzehnte durch einen energischen und umsichtigen Feldzug gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht gut machen wird. Was dabei aus dem Block werden wird, steht freilich dahin, jedoch wenn der Freisinn seine dauernden Interessen recht erwägt, so kann es ihm ja nur lieb sein, dieser kompromittierenden Nachbarschaft in anständiger Form los und ledig zu werden, wobei er auch noch seinen ultramontanen Nebenbuhlern den Wind aus den Segeln nehmen kann. Denn je kräftiger er sich für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den preussischen Staat erklärt, um so mehr zwingt er auch das Zentrum, Farbe zu bekennen und die Entschlußkraft in dieser entscheidenden Frage nicht durch des Gedankenflusses Wässer ankränkeln zu lassen."

Warten wir also die Taten des Freisinns in der preussischen Wahlrechtsfrage ab und hüten wir uns, seine Kreise zu stören, so lange er sich darin mit der feurigen Kraft bewegt, die Herrn Raumanns Worte atmen."

Die Polizei in Belfast.

London, 3. Aug.

Die Vorgänge in Belfast (Irland) sind interessant genug, um noch einmal auf sie zurückzukommen. Man darf ihnen zwar keine übermäßige Bedeutung beilegen, aber sie zeugen von den freizeitlichen Zuständen des Vereinigten Königreichs. In Belfast streiken die Doder und Fuhrleute. Die Unternehmer führten Streikbrecher ein, die gegen Mißhandlungen bewacht werden mußten. Diese Aufgabe fiel selbstredend der Polizei zu, der sogenannten „Royal Irish Constabulary“. Diese hat aber ihre Beschwerden, die sich hauptsächlich auf Gehalts- und Pensionsfragen beziehen, und stand deshalb dem Streit der Doder verständnisvoll gegenüber. Nun fand sich unter den Polizeibeamten ein Mann namens Voretti, der Initiative besaß. Er erklärte seinen Kollegen, es sei ihre Pflicht nicht, Streikbrecher zu schützen. Etwa 700 Polizeibeamte schlossen sich dieser Ansicht an und beriefen eine Versammlung, um eine Resolution in diesem Sinne zu fassen. Die Versammlung fand statt. Vor allem wies sie den Streikbrechern die Tür, so daß man über die Vorgänge in der Versammlung nicht ganz informiert ist. Aber eine Tatsache scheint zweifellos zu sein — sie wird von Voretti versichert, daß ein Offizier, der mit seiner Autorität austrat, mißhandelt wurde. Die Versammlung war so erregt, daß es zu einem schweren Konflikt mit dem Militär gekommen wäre, wenn der Offizier nicht die Geistesgegenwart und die Klugheit besaßen hätte, die Arbeiterführer der Doder zu holen, um mit den Polizeibeamten zu konferieren. Die Arbeiterführer Segton, Murphy und Boyd kamen und Segton erhielt das Wort zu einer Ansprache. Er ermahnte die Beamten zur Friedlichkeit und zu strengem gegenseitigem Vorgehen, denn nur dann werde die Arbeiterpartei imstande sein, für die Polizei einzutreten. Segton, der ein sehr guter und wichtiger Redner ist, gelang es, die Versammlung zu beruhigen und die ganze Bewegung der Polizei auf die gesetzliche Bahn zu bringen. Voretti, der suspendiert war, wurde vorläufig wieder eingestellt.

Ueber das Resultat der Verhandlungen der Polizei mit der Regierung werden heute oder morgen Nachrichten erwartet.

Die Wirren in Marokko.

Es gärt im Scharifentum. Wenn die Pariser Meldungen nicht übertrieben, dann befindet sich nicht nur Casablanca in den Händen der Kabulen, sondern überall im Nordwesten von Marokko bis in die Nähe von Fez dehnen die aufstrebenden Verbände ihre Raubzüge aus, und der Sultan zeigt sich als völlig unfähig, den Kufur zu unterdrücken. Borerst hat sich die französische Regierung zur Entsendung von 3000 Mann französischer Truppen nach Marokko entschlossen. In wenigen Tagen werden wahrscheinlich schon an 2500 Mann in Casablanca stehen; aber was dann? Sie werden sicherlich in diesem Ort selbst die Ordnung wiederherstellen; aber sie werden, da der Sultan völlig ohnmächtig gegen das Treiben der Stammeshäuptlinge ist, weder die geforderte Genugtuung erhalten, noch können sie verhindern, daß in anderen, auch von Europäern bewohnten Orten die fanatischen Kabulen ähnliche Unruhen

wie in Casablanca veranstalten. Frankreich muß also, will es sich nicht selbst ein Zeichen der Ohnmacht ausstellen, neue Truppen nachschicken und die aufstrebenden Gegenden besetzen. Werden solche Maßnahmen aber nicht noch mehr den Haß der eingeborenen Stämme aufschaueln und tatsächlich den sogenannten „heiligen Krieg“ entfesseln? Dann aber gibt es kein Zurück mehr, dann hat Frankreich die „große Aktion“, nach der manche seiner in Marokko interessierten Kolonialindustriellen trachten.

Es erscheint demnach keineswegs als ausgeschlossen, daß der Ueberfall Casablanca noch ein sehr ernstes Nachspiel, an dem nicht nur Frankreich und Spanien interessiert sind, sondern auch die übrigen am Algier-Vertrag beteiligten Mächte haben wird.

Der „Bosphorus Zeitung“ wird telegraphisch aus Paris gemeldet: Die Panzerkreuzer „Gloire“ mit Konteradmiral Philibert und „Jeanne d'Arc“ sind vorgestern nacht von Toulon nach Casablanca abgegangen, der Kreuzer „Gueydon“ folgte gestern abend. Er hatte die Ankunft des Konsuls de Walpertuis abwarten müssen, der sich an seinem Bord auf seinen Posten in Casablanca begibt. Von den in Dienst gestellten Transportschiffen konnte gestern nur die „Ride“ in See gehen. Die „Shamrod“ erwies sich als unbrauchbar. Die Marineverwaltung wird voraussichtlich Privatdampfer für die Pferde- und Gefährtsbeförderung mieten müssen. Inzwischen verbreitet sich die Erregung über die ganze Westküste Marokkos. Die Franzosen von Mazagan verlangen dringend, daß man auch ihnen ein Kriegsschiff schicke, um Ausschreitungen vorzubeugen.

Tanger, 4. August. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die letzten Nachrichten aus Casablanca melden, daß dort große Panik herrsche. Alle Europäer verlassen die Stadt. Die Truppen hatten mehrere Schornmügel mit den Kabulen. Man glaubt, daß französische Marineverbände landen werden, sobald Verstärkungen aus Algier eingetroffen sind. Die Flüchtlinge aus Casablanca, zum großen Teil Juden, berichten, daß die Europäer Zusticht in den betreffenden Konsulaten gesucht haben. Die ganze französische Kolonie befindet sich an Bord des „Galilee“ in der Bai von Casablanca. Der Kommandant des „Galilee“ habe die Stadt bombardieren wollen, sei aber davon durch verschiedene Konsuln abgehalten worden. Die Europäer seien in den Straßen geschlagen und insultiert worden.

Tanger, 4. August. (Meldung der Agence Havas.) Nach hier vorliegenden Nachrichten war die Lage in Casablanca am 2. August noch immer ernst; der Pascha ist der Lage nicht gewachsen. 200 Spanier sind nach dem Konsulat geflüchtet. Die ermordeten Europäer sind auf Veranlassung des französischen Konsulats beerdigt worden. Der christliche Friedhof soll verwüstet sein. Ueber drei Europäer ist man ohne Nachrichten.

Alen, 5. August. Nach einem Telegramm der „Münchener Zeitung“ aus Tanger vom 4. August haben sich die meisten Europäer in Casablanca, darunter einige Deutsche, auch Herr und Frau Rannemann, derentwegen Besorgnisse gehegt wurden, da sie im Innern geweilt hatten, an Bord des von Casablanca liegenden deutschen Dampfers „Arcadia“ begeben. Neunzehn deutsche Herren und zwei Damen sind einstweilen in Casablanca geblieben. Sie wollen sich im Hause des Herrn Brandt, das in der Nähe des französischen Konsulats liegt, im Notfall halten, bis sie befreit werden. Gewehre und Munition sind vorhanden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. August 1907.

Nicht alles vergessen!

Herr Max Lorenz galt vor Jahren als der unsympathischste Typus des „Renegaten“, ein Titel, den ihm auch der Historiker der Nationalliberalen, Wendt, nicht ersparen zu sollen glaubte. Er erweckte bei den politischen Kreisen, zu denen er ehemals als Mitstreiter gehört, die ihn aber nach seiner Ausfertigung vom Sozialdemokraten zum Konservativen bekämpften mußten, einen ästhetisch wie moralisch gleich unangenehmen Eindruck. Und jetzt erscheint wie Methose zu früher durchaus gleichgearteten Sozialistenlöterei, beinahe als Gentleman. Woher dieser Empfindungswechsel? Herr Lorenz ist, was er seit seiner Ausfertigung zum Scharfmacher geworden, geblieben. Aber er hat inzwischen im Reichslügenverbande Konkurrenz in der Sozialistenverfälschung gefunden, die intellektuell und moralisch so tief unter allem Normalmaß politischer Schaffigkeit und Unnoblesse stehen, daß ihnen gegenüber Herr Max Lorenz beinahe als Genie und Heiliger erscheint.

Wir haben kürzlich den stupiden Angriff auf die proletarische Klassenbewegung zurückgewiesen, den die Liebertgarde daraus zu konstruieren suchte, daß sie die ungeheure Belastung der Arbeiter durch Partei- und Gewerkschaftskleuren zu berechnen suchte. Dazu sagt nun Herr Max Lorenz, nicht nur ein unerschütterlicher Gegner der Sozialdemokratie, sondern auch ein Kenner der proletarischen Bewegung selbst, das Folgende:

„Dieser Tage ging durch die Zeitungen eine Verechnung, wonach der sozialdemokratische Arbeiter für Partei- und Gewerkschaftszwecke jährlich etwa 70 M. verausgibt, also etwa sieben Prozent des Einkommens, dieses im Durchschnitt auf 1000 M. angenommen. Solche Parteisteuer ist in der Tat kolossal. Ich vermag aber daraus nicht den allfälligen Schluß zu ziehen, daß der Arbeiter von seinen Führern in unerhörter Weise ausgebeutet werde. Ich stimme überhaupt nicht in das Gerübe von den „von Arbeitergroßhänden mißhandelten“ Führern ein, die den „armen“ Arbeiter „ausbeuten“. Wenn jemand innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ausgebeutet wird, sind es viel eher diese Führer, deren Mißo außerordentlich groß und deren Gehälter in Anbetracht der zu leistenden Arbeit nach bürgerlichen Begriffen noch immer ziemlich jämmerlich sind — von wenigen Ausnahmen abgesehen.“

Ich meinerseits habe in der Kritik und etwaigen Bekämpfung der Arbeiterbewegung immer darauf verzichtet, bald die Führer gegen die Masse auszuspielen, bald die Masse gegen die Führer auszuweisen. Ich nehme Führer und Gefährte als eine Gesamtheit, eine organische Einheit, „einander wert“ im guten wie im schlechten Sinne, und was die Arbeiterbewegung „macht“, sind nicht in erster Linie die subjektiven Kräfte — „Eigenschaften“ — der Führer, sondern objektive Verhältnisse. Daß nun die Arbeiter — die christlichen und nationalen Arbeiter übrigens annähernd ebenso — enorm hohe Parteisteuern zahlen, verdient Bewunderung gerade des Politikers im bürgerlichen Lager, der doch weiß, wie kläglich es hier mit der Entrichtung von Parteibeiträgen bestellt ist. Die Arbeiterklasse besitzt eben bei weitem am meisten politische Leidenshaft, und das kommt daher, weil sie ein aufsteigendes, in Bewegung befindliches, auf „Eroberung“ gerichteter Verstand ist, während die anderen Berufsstände — unter der Bedauernswerten Vorherrschast materieller Interessen — nur auf Verteidigung dessen bedacht sind, was sie besitzen. Sobald eine Gruppe

darauf ausgeht, vorwärtsmarschierend bestimmte Ideale — und selbst wenn es falsche Ideale sein sollten — zu verwirklichen, wird sie mit der Begeisterungsfähigkeit auch materiell operativ, was z. B. die Nationalsozialisten in ihren Anfängen glänzend bewiesen haben.

Herr Max Lorenz empfiehlt zwar immer wieder, die sozialdemokratische Kulturbewegung, der er hier selbst so hohe Anerkennung spendet, dadurch zu spalten, daß er die besser bezahlten Arbeiterschichten gegen die Masse der Hungerleider ausgespielt zu sehen wünscht — eine Taktik, die alles andere als ethisch ist — aber auf das Niveau des Viktor-Proteges Liebert geniert er sich dem doch herabzusteigen!

Er hat noch nicht alles vergessen! —

Das Urteil im Petersprozeß

wird jetzt von der „Münchener Post“ in seiner schriftlichen Begründung veröffentlicht. Es erklärt in Bezug auf die Hinrichtung des Mubruk, daß das Münchener Schöffengericht zu eigenen Feststellungen über die Frage, ob bei der Hinrichtung dieses schwarzen Dieners geschlechtliche Eifersucht eine Rolle gespielt habe, wie die Disziplinargerichte annahmen, nicht habe gelangen können, da das Beweismaterial zu lückenhaft gewesen sei.

Dem Schöffengericht, fährt dann das Urteil fort, standen zur Würdigung der in Betracht kommenden Verhältnisse außer den Angaben Dr. Peters' selbst die eidlischen Aussagen der Zeugen Wiest, Wilhelm, Kuhnert und Jochen v. Pechmann zur Verfügung. Das Erinnerungsvermögen aller dieser Zeugen, insbesondere des Herrn v. Pechmann, hatte infolge der inmitten liegenden Zeit bereits erheblich gelitten und umfaßte Einzelheiten der Vorgänge meist nicht mehr.

Das Ergebnis der schöffengerichtlichen Beweishebung wird — das wird ausdrücklich im Urteil erklärt — nicht wesentlich von den Feststellungen der Disziplinärurteile ab.

Das Schöffengericht folgerte aus allen Feststellungen, daß Dr. Peters bei der Hinrichtung der Jagodis, die für eine mit der Todesstrafe bedrohte Verfehlung verhängt wurde, ohne persönliche, besonders geschlechtliche Motive, in dem Bewußtsein gehandelt habe, daß er hierzu berechtigt sei.

Der Wahrheitsbeweis wird im allgemeinen als nicht erbracht erachtet. Nur bezüglich des Vorwurfs unmenschlicher Grausamkeit nimmt das Urteil an, daß der Wahrheitsbeweis erbracht sei. Der diesbezügliche Passus des Urteils lautet: Dr. Peters hat nach seiner Auffassung über die strenge Art, in der er damals gegen Jagodis vorgehen mußte, persönlich wohl auch eine unmenschliche Grausamkeit in keiner dieser Züchtigungen erblickt. Nach den Aussagen mindestens der meisten Sachverständigen, welche die Prügelstrafe auch bei Frauen in Afrika für zulässig halten, kann an sich eine solche Züchtigung von Frauen noch nicht objektiv eine Grausamkeit genannt werden. Die Art und Weise allerdings, wie nach den nicht erschütterten Feststellungen der Disziplinarkammer die drei Regierungen geschlagen wurden und wie nach den Feststellungen im Disziplinärverfahren und vor dem Schöffengericht insbesondere Jagodis wiederholt geprügelt wurde, muß als eine sehr harte bezeichnet werden und es erscheint daher begreiflich, wenn man ein solches Vorgehen in einer dagegen gerichteten Darstellung unmenschliche Grausamkeit nennt. Was diesen Punkt anlangt, erachtete das Gericht schon hinsichtlich der Züchtigung der drei Regierungen Tatsachen für nachgewiesen, auf welche die Bezeichnung als Grausamkeit angewendet werden kann.

Der preussische Wahlrechtssturm

des Freisinns, den Herr Raumann verheißt hat, äußert sich einwöchentlich nur in leiser Säufeln. Die freisinnige Presse in ihrer übergroßen Mehrheit hat offenbar noch nicht den passenden Ton gefunden und begnügt sich daher mit Schweigen. Nur das „Berl. Tagebl.“ läßt sich wiederum also vernehmen:

„Der Reichstagsabgeordnete Dr. Wagnan (Freisinnige Volkspartei) stellt sich in der Wahlrechtsfrage auf den Standpunkt, den Raumann, Jäger und andere hier vertreten haben. Herr Dr. Wagnan schreibt uns: „Meine Anschauungen über die Reform des Wahlrechts zum preussischen Abgeordnetenhaus decken sich genau mit der Tendenz des vom Abgeordneten D. Raumann im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Artikels.“

Ganz ähnlich, wie die „Deutsche Tageszeitung“, sucht die „Kreuzzeitung“ durch allerlei spöttische Redensarten die Wirkung des Raumannschen Artikels abzuschwächen. Sie nennt das Auftreten Raumanns „ein etwas komisches Intermezzo“ und findet seine Argumentation „theoretisch widersinnig“ und „praktisch unmöglich“. Die „Kreuzzeitung“ hat in den sechzig Jahren ihres Bestehens schon manches für unmöglich erklärt, was dann zu ihrem Schmerze, gleichwohl ermöglicht worden ist.

In diesen Auslassungen der konservativen Presse bemerkt in einem Situationstelegramm der Berliner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“: „Die Versuche, den Reichstagsler von einer Zuangriffnahme der Reform des preussischen Landtagswahlrechts von vornherein abzuhängen, sind psychologisch interessant für die in einem Teil der agrarisch-konservativen Partei herrschende Stimmung. Ihnen scheint der Versuch strafwürdig zu sein. Ob die Regierung sich einschütern lassen wird, gehört auch zu den Dingen, die man abwarten muß. Die Linke, die in diesem Falle durchaus nicht etwa nur aus den freisinnigen besteht, würde dann ganz genau wissen, was sie zu tun hat.“ Wir wollen hoffen, daß die Linke das wirklich wissen wird. Und wir wollen hoffen, daß es nicht gelingen wird, sie — nach dem Rezept der „Krautmannschen“ Naturen — mit einigen kleinen Konzessionen und halben Maßregeln abzuspeisen.“

Man sieht, daß das „Berl. Tagebl.“ den ebenso frohlockten wie unbegründeten Optimismus des offiziellen „Demokraten“-Organs in Frankfurt keineswegs teilt. Es muß ja seine Pappenhelmer kennen.“

Ultramontaner Humpung.

In christlichen Arbeiterkreisen ist eine lebhafte Bewegung im Gange gegen § 23 des preussischen Einkommensteuergesetzes. Mehrere Bezirksverbände der katholischen Arbeitervereine fordern, daß die Härten dieser Bestimmung beseitigt werden. Derartige Versammlungen haben stattgefunden in Essen, Krefeld, R. Gladbach, Bonn usw. Nun ist die genannte Bestimmung gewiß ein Unrecht gegenüber den Unbemittelten, und es ist den christlichen Arbeitern nicht zu verübeln, wenn sie sich darüber auflehnen. Aber immerhin ist das Unrecht, das den Arbeitern und kleinen Angehörten hier zugefügt wird, doch nur gering im Verhältnis zu dem Unrecht, das sie infolge der Belastung durch die indirekte Steuer zu ertragen haben. Und gegen dieses viel größere Unrecht haben die christlichen Arbeiter nie ernstlich Front zu machen gemacht; sie empfinden dieses Unrecht wohl, dafür hat die fortgesetzte Aufklärung durch die Sozialdemokratie gesorgt, aber sie

tragen es, um es nicht mit den Parteien, die an der Abwälzung der Lasten auf die schwächeren Schichten wie an der Schuhgöllnerci interessiert sind, zu verderben. Deshalb haben die christlichen Arbeiter bei dem Kampf um den Poltarif ihren anfänglichen Widerstand fahren lassen; sie haben es gesehen lassen, daß die agrarisch gesinnten Parteien, das Zentrum voran, dem arbeitenden Volke neue unerhörte Lasten auferlegten und haben bei den darauf folgenden Wahlen den Lebensmittelwucherern ihren Dank dadurch abgestattet, daß sie getreulich wieder für ihre ärgsten Feinde stimmten.

Das ist kurzfristig von den christlichen Arbeitern gewesen, und ebenso kurzfristig ist es auch jetzt wieder, daß sie dem Zentrum Loblieder singen, weil es jetzt nach dem großen Raubzuge von 1902 sich wegen des § 23 für die Arbeiter ins Zeug legt. In Krefeld hat vor kurzem in einer christlichen Arbeiterversammlung der Zentrumsdarabgeordnete Kirch-Düsseldorf gegen den § 23 geredet. Dabei wurde eine Resolution gefaßt, an deren Schluß die Versammlung dem Zentrum ihren wärmsten Dank ausdrückte für das „bisherige Eintreten für die steuerlichen Erleichterungen zugunsten der minderbemittelten Klassen“.

Ueber was soll man hier mehr staunen: über die Heuchelei des Zentrums, das sich hier wegen seiner „steuerlichen Leistungen“ zugunsten der Armen feiern läßt, oder über die Gutmütigkeit der christlichen Arbeiter, die den Humpung, den das Zentrum aufführt, nicht durchschauen? —

Gurra — eine schlechte Ernte!

Selbes Frohlocken über den — Segen der schlechten Ernte bekundet die christkatholische „Rhein. Volksstimme“. In „Liebe zu den Nächsten“ läßt sie sich also vernehmen:

„Zu den angenehmen Folgen einer derartigen Ernte ist wohl in erster Reihe die Annahme zu rechnen, daß die angemessenen Preise, die gegenwärtig an den Märkten vorherrschen, mehr Bestand haben werden als bei einer reichen Ernte. Es ist für den Landwirt immer noch vorzuziehen, wenn er seine Erzeugnisse zu angemessenen Preisen verkaufen kann, und er nimmt dann gern mit dem etwas geringeren Ertrage vorlieb.“

Was kümmert die christlichen Bauern der Hunger des armen Tensel? Wenn die Stützen des Zentrums und der katholischen Kirche nur hohe Preise erzielen, dann mögen die übrigen Ebenbilder Gottes sehen, wo sie bleiben!

Herr Hans v. Rosh sendet uns folgende Zuschrift:

Auf Grund des § 11 des „Gesetzes über die Presse“ fordere ich Sie hiermit auf, folgende Verächtigung in der nächsten Nummer Ihres Blattes zu bringen:

Es ist nicht wahr, daß ich in der „Deutschen Hochwacht“, G. m. b. H., oder im „Deutschen Volksbunde“ irgenbemale große oder kleine Unterschlagungen verübt habe; wahr ist dagegen, daß ich mein ganzes Vermögen infolge schmählichen Vertragsbruchs sogen. Antisemiten verloren habe, und daß ich durch gemeine Intrigen sogen. „Bundesbrüder“ aus meiner Stellung hinausgedrängt worden bin.

Ein typischer Majestätsbeleidigungsprozeß beschäftigte die Strafkammer in Aachen. Der Angeklagte hatte mit dem Hausverwalter, einem Tischler, sowie mit dessen Stieftochter Streit bekommen. Der Hausverwalter war früher Inhaber oder Betriebsleiter in einem Vordell, seine Stieftochter eine Venuspriesterin, die sich mittlerweile zur anständigen Ehefrau entwickelt hat. Nachdem die beiden mit dem Hausgenossen Streit bekommen hatten, denunzierten sie diesen bei der Staatsanwaltschaft wegen Majestätsbeleidigung. Das geschah im April. Die Straftat aber soll schon zur Zeit der Reichstagswahlen begangen worden sein. Das Gericht zeigte nur geringe Reue, den beiden Denunzianten zu glauben; es kam aber demnach zur Verurteilung, nachdem ein weniger beteiligter Zeuge bekundet hatte, daß er sich erinnere, von dem Angeklagten einmal majestätsbeleidigende Worte gehört zu haben.

Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis. —

Die fürstliche Silberdiebin nicht außer Verfolgung gesetzt?

In der Mitteilung über die Beschwerde, die die Staatsanwaltschaft gegen die Entscheidung des Landgerichts Güstrow i. W. in Sachen der Fürstin Brede eingeleitet hat, schreibt der Erste Staatsanwalt beim Landgericht Güstrow dem „Berl. Tagebl.“, daß die Staatsanwaltschaft nicht beantragt habe, den Fürstin und die Fürstin Brede außer Verfolgung zu setzen und nur gegen die Gesellschaft der Fürstin das Hauptverfahren zu eröffnen. Vielmehr hat die Staatsanwaltschaft beantragt, den Fürstin Brede außer Verfolgung zu setzen, dagegen das Hauptverfahren gegen die Fürstin Brede und ihre Gesellschafterin zu eröffnen. —

Frankreich.

Generalkrats-Stichwahlen.

Die gestern in Frankreich vollzogenen Generalkratsstichwahlen sind nach den bisher vorliegenden Resultaten für unsere Parteigenossen ziemlich günstig ausgefallen. Bis 2 1/2 Uhr heute morgen waren von 141 Stichwahlen bei den Generalkratswahlen 137 Resultate bekannt. Hiernach sind gewählt von den Konservativen und Mitgliedern der Action liberale 17, Republikaner, Progressisten und Gemäßigten 10, Republikaner der Linken, Radikale und Sozialistisch-Radikale 83, geeinigte und unabhängige Sozialisten 18. Die Konservativen gewinnen 9 Sitze und verlieren 11, die Progressisten gewinnen 5 und verlieren 12, die Republikaner der Linken und Radikale gewinnen 19 und verlieren 17, die Sozialisten gewinnen 12 und verlieren 5, unter den Gewählten sind 8 Senatoren und 6 Deputierte, 1 Senator und 2 Deputierte sind unterlegen.

Paris, 5. August. Nach den Feststellungen des Ministeriums des Innern über die Generalkratswahlen gewinnen die Republikaner der Linken 14 Sitze, die Radikale und sozialistischen Radikale 77, die unabhängigen Sozialisten 4, die Vereinigten 8. Die Reaktionen verlieren 23, die Nationalisten 19 und die Progressisten 58 Sitze.

Wingerbewegung.

Ferroul, Albert und die übrigen Mitglieder des Wingerkomitees sind, wie bereits bekannt geworden, aus der Haft entlassen. Sie wurden in Montpellier und Narbonne von der gesamten Bevölkerung auf das wärmste empfangen. Ferroul, der die ihm angetragene Kandidatur zum Generalrat zunächst ausgeschlagen hatte, hat diese nunmehr akzeptiert, nach seiner Erklärung deswegen, weil er in dem betreffenden Bezirk einem ministeriellen Kandidaten gegenüber tritt. In einer Versammlung, die sofort nach der Entlassung Ferrouls stattfand, wurde diesem von verschiedenen sozialistischen Gegnern entgegengehalten, daß seine Kandidatur reaktionären Kräfte, wie auch die ganze Wingerbewegung eine bürgerliche Bewegung sei; die Wingerkandidaten, durch die Bewegung zu größerer Macht gelangt, diese zugunsten ihrer Arbeiter ausnützen. Ferroul erklärte, er werde, sobald der Wein im Preise gestiegen sei und die Wingerkandidaten in der Folge nicht höhere Löhne zahlen, ebenso sehr die Wingerkämpfer, wie er bisher die Regierung bekämpft habe. Das Komitee erklärte übrigens, daß im Herbst, sofern bis dahin eine Besserung

der Verhältnisse nicht eingetreten sei, die Bewegung von neuem einschlagen werde. —

Paris, 4. August. Ferroul und alle Kandidaten der protestierenden Weinbauern des Departements Hérault sind bei den heutigen Generalkratswahlen gewählt worden. —

England.

Die neue irische Bewegung.

London, 3. August. (Fig. Ver.)

Die Ablehnung der irischen Council-Bill durch den irischen Nationalkongress führte zum Ausschusse der Sinn-Fein-Bewegung, die jetzt viel von sich reden macht und bereits zu tiefen Misstimmungen innerhalb der irischen Fraktion den Anlaß gegeben hat. Sinn-Fein ist ein irischer Ausdruck und bedeutet: „Wir selbst“, oder, um die bekannte Parole des französischen Syndikalismus zu gebrauchen: „Die direkte Aktion“. Die Anfänge dieser neuen Bewegung sind Antiparlamentarier. Sie sind auch gegen die physische Gewalt. Von den Taten ihrer Vorgänger, der Fenier, wollen sie vorläufig nichts wissen. Sie sagen, die Mitglieder der irischen Fraktion sollten ihre Mandate niederlegen und nach Dublin kommen, um da einen Nationalrat zu bilden, dem das irische Volk freiwillig gehorchen werde. Irland solle die englische Regierung vollständig ignorieren und sich seine eigene Verwaltungen wählen, um auf diese Weise Demokratie herzustellen. Den Verordnungen der englischen Regierung solle Irland passiven Widerstand entgegenstellen.

Der Sinn-Feinismus erinnert lebhaft an die Gedankengänge des friedlichen Anarchismus mancher Arbeiterschichten. Die Frage ist nur: Was soll geschehen, wenn England sich nicht ignorieren läßt? Und England kann man nicht ignorieren und läßt sich nicht ignorieren. Soll dann Irland Gewalt gebrauchen? Die gegenwärtige weltpolitische Lage ist aber so, daß die Iren nicht mehr imstande sind, die Vereinigten Staaten gegen England auszuheben. Durch den japanisch-amerikanischen Konflikt sind die Vereinigten Staaten auf den Vorkriegsstand oder auf die diplomatische Vermittlung zwischen ihnen und Japan geradezu angewiesen.

Die Arbeitslosenvorlage der Arbeiterfraktion.

London, 3. August.

Die Arbeiterfraktion hat im Einverständnis mit den liberalen Arbeitervertretern: Enoch Edwards (Bergleute) Stadman (Sekretär des Parlamentarischen Komitees des Trade Unionskongresses), Nichols (Landarbeiter), John Barb (Erdarbeiter), eine Unemployed Workmen Bill (Arbeitslosenvorlage) eingebracht, die den Lokalbehörden die Pflicht auferlegt, die Arbeitslosen zu registrieren, ihnen Beschäftigung zu geben, oder für ihren Unterhalt zu sorgen. Die Mittel sollen teils von der Staatsregierung, teils aus der Gemeindesteuer beschafft werden. Als oberste Bedingung gilt die Lokalregierung. Die Bill räumt auch der Lokalregierung und den verschiedenen lokalen Arbeitslosenbehörden das Recht ein, Arbeiterwohnungen zu errichten, Werkzeuge und Maschinen zu kaufen und Grund und Boden durch Zwangsenteignung zu erwerben, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Die auf Grund dieser Bill unterstützten Arbeitslosen sollen ihr Bürgerrecht nicht verlieren. —

Afien.

Türkische Truppen in Persien.

Amische persische Telegramme berichten, daß türkische Truppen mit Artillerie persisches Gebiet in der Nähe von Armia betreten, das Dorf Mavaneh zerstört und 18 Männer und 60 Frauen und Kinder, meist Christen, getötet haben. Sie nahmen darauf Besitz von dem persischen Lager, welches die geringe Besatzung zu räumen gezwungen war. —

Die russische Revolution.

Die sozialrevolutionäre Partei vor den Wahlen.

Das Zentralkomitee der sozialrevolutionären Partei hat einen kurzen Bericht über die am 20. Juli abgehaltenen Sitzungen des Parteirates veröffentlicht. Außer den Mitgliedern des Zentralkomitees waren anwesend die Vertreter verschiedener lokaler und Bezirkorganisations und die Delegierten der Dumagruppe der Partei und verschiedener spezieller Organisationen.

Zur Frage des Boykotts der Duma wurde der Beschluß gefaßt:

1. zum Zweck der Propaganda des umfassenden und demonstribativen Boykotts durch die Bevölkerung sowohl der Dumawahlen, wie auch der Duma selbst, sich an der Wahltagation energisch und vielseitig zu beteiligen;
2. sich dementsprechend jeglicher offizieller oder offiziöser, offener oder maskierter Aufstellung von Parteikandidaten zu enthalten, allen Parteimitgliedern obiges kategorisch verbietend;
3. sich bei der Boykotttagation aller Gewaltmittel zu enthalten, weil diese nur imstande wären, jenen Teil der Bevölkerung zu erbittern, welcher fortwährend in blinder Erwartung der dritten Duma entgegenzusehen, und weil infolgedessen das Bewußtsein dieses Teils der Bevölkerung nur noch mehr verwirrt werden könnte;
4. unter den Anstehenden Bevollmächtigten und Wahlmännern, die trotz der Boykottpropaganda von der Bevölkerung gewählt sein sollten, eine energische Agitation zu führen, um sie zu veranlassen, sich der Boykottbewegung wenigstens auf den letzten Wahlstufen, z. B. durch demokratisches Verlassen der Gouvernementswahlversammlungen, anzuschließen;
5. einen Druck der öffentlichen Meinung des Volkes und der Gesellschaft auf die etwaigen linken Abgeordneten der Duma vorzubereiten, um diese zu veranlassen, die dritte Duma demografisch zu verlassen, sie ihrem natürlichen jämmerlichen Schicksal überlassend.“

Die angeführte Resolution wird einerseits dadurch motiviert, daß die dritte Duma unermesslich als Organisationsbasis der sozialrevolutionären Mächte dienen wird; daß die Teilnahme der Volksmassen und ihrer Vertreter an den Wahlen und der künftigen Duma der Regierung die Möglichkeit nur noch erleichtert wird, sich auf die angebliche Sanktion des Reichstages zu berufen, und sie unterstützen wird, der Duma das Deforum einer autoritätvollen Volksvertretung zu verleihen, was die finanzielle und internationale Stellung der Regierung nur verbessern würde. Andererseits machen die Hoffnungen, die bisher auf die Duma gesetzt wurden, in den Volksmassen tiefer Enttäuschung Platz; die vorgeschrittenen Schichten der Stadt- und Dorfbevölkerung sind für die Aneignung der Boykottidee genügend vorbereitet und imstande, einen bedeutenden Teil des arbeitenden Volkes mit sich fortzuführen; bei diesen Bedingungen kann der Boykott weit besser, als die Beteiligung an den Wahlen, die Revolutionierung und Organisation der Massen fördern und die beste Antwort auf den Staatsstreich und den Ausdruck des vollkommenen Bruches der Massen mit der Monarchie und der Dynastie abgeben. „Unter diesen Bedingungen“ — schließt der motivierende Teil der Resolution — „ist es nur für diejenigen ein logischer Schritt, in die dritte Duma zu gehen, aber den Glauben an die Revolution verloren hat und den Wahlboykott infolgedessen auf eine Stufe stellt mit Passivität und Untätigkeit.“

Der politische Waffensfreiz in Pooz.

Am 30. Juli traten die Arbeiter der Fabrik von Pognans früh morgens in den Ausstand; um 11 Uhr begann der Streik sich über die ganze Stadt auszubreiten, und ergriff im Laufe des Tages einen großen Teil aller industriellen Unternehmungen, die elektrische Straßenbahn usw. Die Zahl der Teilnehmer des Streiks läßt sich gegenwärtig mit Bestimmtheit noch nicht feststellen. Die offiziöse Petersburger Telegraphenagentur spricht

von 40 000 Streikenden, vermutlich war aber die Zahl weit bedeutender.

Was rief diese grandiose Massenfundgebung der Lodger Arbeiterschaft hervor? Was veranlaßte sie nach kürzlich abgeschlossenen aufreibenden Kämpfen mit dem Unternehmertum, den herrschenden Gewalten zum Trotz, einen neuen Kampf herauszufechten?

Der Korrespondent der Wilmner „Volkzeitung“ berichtet, daß es die in letzter Zeit überhandnehmende Provokation gewesen ist, die den flammenden Protest der Lodger Arbeiterschaft hervorgerufen hat. Unter Bedeckung von Militär und Gendarmen gingen Provokateure von einer Fabrik zur anderen (insbesondere taten sich unter ihnen Grünberg und die Brüder Frechmal hervor) und lieferten Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen den Schergen aus.

Die gesamte Bevölkerung war terrorisiert, sogar die Unternehmer waren mit diesem rigorosen Vorgehen der Behörden höchst unzufrieden. Doch nur die Arbeiterschaft fand den Mut und die Kraft, diesem schamlosen, verbrecherischen Treiben der Regierung mit aller ihr zu Gebote stehenden Energie entgegenzutreten.

Der Streik brach in instinktiver, spontaner Form hervor; die Vertreter der sozialistischen Parteien traten erst nach Ausbruch desselben zusammen, um über weitere Schritte zu beraten. Es war das nie versiegende revolutionäre Protestgefühl der Lodger Arbeiterschaft, welche diese Kundgebung ins Leben rief und mit einem Schläge alle Mäler der Riesenstadt stillstehen ließ; es war die instinktive Empörung der Massen, das Bestreben, der Vergewaltigung seitens der Jarentrechte ein Ende zu setzen, das das spontane Aufflammen des Lodger Proletariats gebar.

Jetzt haben die Arbeiter nach zwei- bis dreitägigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen, ohne irgendwelche konkrete Forderungen aufgestellt zu haben. Der Protest gegen die Provokation der Regierung und gegen das Treiben ihrer Agenten war der einzige Inhalt der Kundgebung. Doch ist ihre Bedeutung nicht hoch genug zu veranschlagen. In einer Zeit der allgemeinen politischen Depression hat das Proletariat sein Machtwort gesprochen und hat mit echt proletarischen Mitteln Protest erhoben gegen das Schlimme des weichen Sprechens, dem die bürgerliche Opposition machtlos und untätig gegenüber steht.

Soziales.

Erschreckende Zunahme der Unfälle in den Hütten- und Walzwerken 1906.

Der technische Aufsichtsbeamte der rheinisch-westfälischen Walzwerks- und Hüttenberufsgenossenschaft berichtet über eine außerordentlich hohe Unfallzunahme. Das Betriebsjahr 1906 brachte einige Massenfälle und eine bedauerlich hohe Zahl von Todesfällen. Häufiger wie früher sind schreckliche Verbrennungen von Arbeitern im Hochofenbetriebe vorgekommen. Entweder explodierten die Ofenräume oder die Arbeiter wurden durch glühende Schlacken usw. schwer verletzt, oft sofort getötet. Besonders bemerkenswert ist, daß von den 201 gemeldeten Todesfällen allein 54 im Rangierbetriebe in Normal- und Schmalspurbahngleisen der Hüttenwerke vorliefen. Aus den Berichten der Tagespresse über solche Unfälle geht hervor, daß es sich dabei um Folgen eines überhasteten Betriebes handelt. Auch die auffallend vielen Verbrennungen werden arbeiterseitig zurückgeführt auf ungenügende Vorsicht, die aber nicht gelbt werden könne wegen des unerhöht forcierten Betriebes. Sehr viele völlig betriebsfremde Arbeiter sind eingestellt worden, wodurch naturgemäß, zumal bei den hohen Anforderungen, die jetzt an die intellektuellen und physischen Kräfte der Leute gestellt werden, die Unfallquote sich auch erhöhte.

Die Hütten- und Walzwerke zeichnen sich schon immer durch außerordentlich viele Unfälle aus. Das hat auch den Anstoß gegeben zu der von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage eingeleiteten Aktion für ein Schutzesetz für die Hütten- und Walzwerksarbeiter. Den Berichten der Berufsgenossenschaft entnehmen wir, daß sich ereigneten:

Jahr	Unfälle		Auf 1000 Versicherte entfallen schwere und tödliche Unfälle
	überhaupt	pro 1000 Versicherte	
1895	14 208	152	9
1900	23 416	173	18
1906	32 441	199	16

Zur ersten vollen Betriebsjahr, 1887, hatte die Berufsgenossenschaft auf 1000 Versicherte fünf schwere oder tödliche Unfälle zu entschädigen. Die Zahl der schweren und tödlichen Unfälle hat sich demnach mehr als verdreifacht. Die höchsten Ziffern weisen auf die Sektionen Koblenz mit 204, Dortmund mit 211, Essen mit 213 und Oberhausen sogar mit 240 Unfälle auf je 1000 Versicherte! In letztgenannter Sektion erlitten also fast 25 Proz. aller Arbeiter Unfälle; 20 wurden sofort getötet.

Im Bereich der ganzen Berufsgenossenschaft wurden auf 10 000 Arbeiter

	1886	1900	1906
getötet	7,23	12,5	12,3
sehr schwer verletzt	1,11	0,9	11,7
weniger schwer verletzt	16,32	35,25	28,9
leichter verletzt	17,54	79,5	108,2

Das sind die einschüchternden Unfälle, die alle mindestens eine vorübergehende Arbeitsunfähigkeit nach sich ziehen. Es handelt sich also nicht etwa um unbedeutliche „Schrammen“. Auch unter den nicht entschädigten Verletzten gibt es zahlreiche, die tatsächliche Einbuße an ihrer Arbeitsfähigkeit erlitten. Es sind letztjährig nur 8,6 Proz. der angemeldeten Unfälle entschädigt worden. Vielen Verletzten gelingt es nicht, ihre Rentenansprüche durchzusetzen, weil die Berechtigten sozialgesetzlich ununterrichtet sind. Den Arbeiterssekretären oder Gewerkschaftsbeamten wird die Vertretung der betroffenen Verletzten vor den Schiedsgerichten kurzerhand nicht gestattet von den Gerichtsvorfisenden. Dagegen wird der Berufsgenossenschaft bezw. dem Unternehmer stets ein gesetzeskundiger Anwalt zugefunden. Diese Lücke in unserer Versicherungsgebung muß unbedingt ausgefüllt werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf im Baugewerbe.

Ein Totenopfer.

Die Berliner Bauunternehmer rühmen sich gern der Zahl ihrer Arbeitswilligen, obgleich auch diese bei weitem nicht ausreichend erscheint, die streikenden Arbeiter zu ersetzen. Ueber die Qualität der aus aller Herren Länder zusammengerafften Arbeitswilligen schweigen sie sich aus. Nur von den Affordarmurern rühmte man, daß sie (in welcher Zeit?) das doppelte Arbeitsquantum schafften, wie die jetzt Streikenden im Lohn. Dabei wurde freilich betont, daß im Affordbau die Aufgabe der Poliere eine andere sei, als im Lohnbau. Sie sind dann nämlich keine Antreiber wie sonst, sondern haben die sachgemäße Ausführung der Arbeiten zu beaufsichtigen. Man sieht, ein Zugeständnis über die Qualität der Affordarbeit, das nicht weiter illustriert zu werden braucht. Wie die „sachgemäße“ Ausführung der Arbeit bei den der deutschen Sprache unkundigen Arbeitern ausfallen muß, liegt wohl auf der Hand.

Außer diesen Leuten aber beschäftigten die Unternehmer noch halbwilligige Burshen und bedauernswerte Greise. Was von diesen Leuten an Arbeit erwartet werden kann, mag sich jeder ausmalen.

Unfälle sind unter diesen Umständen etwas Alltägliches, wenn sie auch nicht alle den tragischen Anstrich haben, wie gestern ein

Fall in Schöneberg. Dort stürzte nachmittags gegen 2 Uhr der 68 Jahre alte Maurer Karl Wendt aus Berlin, Neue Grünstraße 1 wohnhaft, von der vierten Etage des Baugerüstes herab, das den infolge des Maurerstreiks in den letzten Tagen häufig erwähnten großen Häuserkomplex des „Berliner Beamten-Wohnhausvereins“ am Wartburgplatz in der Martin Lutherstraße umgibt. Der Verunglückte blieb auf dem Straßendamm betäubungslos liegen und wurde sofort, da er sehr schwere innere Verletzungen erlitten, aber noch Lebenszeichen von sich gab, von zwei Arbeitskollegen in einer Droschke nach der nächsten Unfallstation geschafft. Von hier aus wurde er, da in seinem Zustand und bei seinem hohen Alter eine größere Operation in einem Krankenhaus erforderlich erschien, nach dem Moabiters Krankenhaus übergeführt. An seinem Aufkommen zweifeln die Aerzte.

Auch seine streikenden Kollegen werden den arbeitswilligen Greis bedauern. Von Bau zu Bau gejagt, weil seine Knochen zu normalen Zeiten dem Kapitalismus kein begehrenswertes Ausbeutungsobjekt mehr waren, gelang es ihm jetzt wohl, Arbeit zu finden, weil den Unternehmern in der gegenwärtigen Situation jeder Arbeitswillige willkommen war. Aber der Körper war nicht mehr sicher, die Nerven waren nicht mehr fest. Und so stürzt der bedauernswerte Greis aus der vierten Etage auf das Pflaster, seinen Geist aushauchend für den unersättlichen Kapitalismus, der seinen Körper fast schon aufgejaugt hatte.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter hielt am Sonntagvormittag bei Voer in der Webersstraße eine Mitgliederversammlung ab, in der Baum über den Stand des Streiks referierte. Er besprach die im „Vorwärts“ schon bekannt gegebenen Vorgänge der letzten Wochen, kritisierte die Taktik der Unternehmer, die Parteinahme der Polizei und Verfolgung der Streikposten, und er machte auf die letzte Rede Wahls, des Leiters im Verband der Baugeschäfte, aufmerksam, nach welcher unausgesetzte Anstrengungen im Auslande gemacht werden, Streikbrecher heranzuziehen. Trotzdem haben die Unternehmer wenig Erfolg mit ihren Bemühungen gehabt, während die Streikenden immer weitere Fortschritte machen. In der freien Vereinigung der Bauarbeiter sind nur noch 185 Streikende in Berlin zu unterzählen, dazu kommen noch 18 in Köpenick und 15 in Friedrichshagen. Die Zahl der Streikenden hat stetig abgenommen und auf der andern Seite sind immer mehr Bauarbeiter zu den neuen Bedingungen eingestellt worden.

Nach einer kurzen Diskussion nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

„In Erwägung, daß der Kampf im Berliner Baugewerbe sich für die Arbeitnehmer immer günstiger gestaltet, weil die Mehrzahl unserer Kollegen schon zu den neuen Bedingungen arbeitet und dadurch die Zahl der zu unterstützenden Kollegen erheblich abgenommen hat, beschließt die heutige Versammlung der freien Vereinigung der Bauarbeiter, daß der Beschluß vom 26. Mai, wonach jeder zu den neuen Bedingungen arbeitende Kollege 3. 4,50 M. Extrabeiträge pro Woche zu zahlen hat, mit dem heutigen Tage aufgehoben wird. In der Voraussicht aber, daß der Kampf noch einige Wochen dauern kann und um den Massenbestand wieder zu heben, wird hiermit beschlossen, daß jeder arbeitende Kollege von der 32. bis zur 39. Woche 1 M. Extrabeiträge pro Woche zu zahlen hat. Ferner wird den Kollegen der Beschluß der Versammlung vom 14. Juli in Erinnerung gebracht, der dahin geht, daß allen Kollegen, welche die ihnen nachgewiesene Arbeit nicht annehmen, die Streikunterstützung entzogen wird.“

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei der Firma Hohndel, Warschauerstraße 61, ist beendet. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Zur Tarifbewegung der Zuschneider und Zuschneiderinnen der Herren- und Knabenkonfektion wurde am Freitag in einer Brandenburger Versammlung mitgeteilt, wie die Polizei, statt energischer auf Mörder und andere Verbrecher zu fahnden, ihren Eifer in der Verfolgung ehrlicher und ordnungsliebender, aber streikender Arbeiter kundgibt. Es war wiederum die Firma Unger u. Co., vor deren Hause in der verkehrsarmen Neuen Friedrichstraße ruhig stehende oder auf- und abwandelnde Streikposten als Verkehrshindernis empfunden und auf Veranlassung der Arbeitswilligen oder des sie begleitenden Firmeneinhabers sistiert wurden. Sie hatten sich in keiner Weise vergangen, aber ihre Gegenwart war dem Unternehmer und seinen getreuen Kaufleuten lästig; das mochte wohl der Polizei genügen, gegen sie vorzugehen. — Wie der Vorsitzende Vordasch weiter mitteilte, ist es am Mittwoch bei der Firma Brud u. Löwenstein zu einer Arbeitsniederlegung wegen Maßregelung eines Kollegen gekommen. Der Firmeneinhaber unternahm Droschkenfahrten, um Arbeitswillige heranzubolen, aber ohne Erfolg. Am Freitag besuchte sich dann die Schlichtungskommission mit der Sache. Sie entschied zugunsten der Streikenden, so daß alle, auch der Gemafregelte, die Arbeit wieder aufnehmen konnten. — Zu Beginn der Versammlung hatte Ricus einen Vortrag über Tarifverträge gehalten, der lebhaften Beifall fand und zu weiterer eifriger Tätigkeit für die allgemeine Anerkennung des Zuschneider-tarifses anspornte. — Ausgeschlossen wurden, unsolidarischen Verhaltens wegen, die Zuschneider Kuhlle und Hellwig.

Achtung, Kleber! Wegen Lohnunterschieden ist die Firma Schulz gesperrt. In Betracht kommen die Bauten Kurfürstendamm 167—170 und Fanienerstraße 8. Zentralverband der Tapezierer.

Deutsches Reich.

Die Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien

gewinnt anscheinend weiter an Ausdehnung. Die Verwaltung trägt daran nicht die geringste Schuld. Denn, statt den Arbeitern entgegenzukommen, versucht man eine Taktik der Niederknüppelung der Bewegung, die nur noch mehr Erregung hervorruft. In einer Versammlung der Bergwerksbeamten wurde beschlossen, vorläufig von einer Lohnerhöhung Abstand zu nehmen im Hinblick darauf, daß die Löhne in den königlichen Gruben noch circa 40 Pf. höher sind als in den benachbarten ober-schlesischen Gruben. Ferner wurde konstatiert, daß die stattgehabten Plänkereien hauptsächlich den jüngeren Elementen (Schleppern) in die Schuhe zu schieben seien, während die älteren sich ruhig verhalten. Alle Arbeiter, die zu den Schichten nicht erscheinen, sollen entlassen werden; 80 Bergleute haben bereits die Abseht erhalten. Trotzdem oder gerade deswegen dehnt sich die Bewegung weiter aus.

Laut Mitteilung der königlichen Bergwerksdirektion sind bei der gestrigen Frühsschicht der Königsgrube von insgesamt 2350 Mann 1917, davon 1705 Arbeiter unter Tage, nicht erschienen.

Der Hamburger Senat und die Staatsarbeiter.

In Hamburg gibt es 7000 Staats- und Gemeindearbeiter, die sich in keiner beneidenswerten Position befinden. Die Organisation der Staats- und Gemeindearbeiter, der etwa 4500 von denselben in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern angehören, hat sich deshalb in diesem Jahre wiederholt an die kompetenten Behörden gewandt zwecks Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, hat aber bis Sonnabend nie Antwort erhalten. Am Sonntag sollte man die entscheidende Versammlung stattfinden. Am 31. Juli hatte man die Präsidenten des Senats um eine persönliche Aussprache ersucht, und man glaubte schon, daß auch diese Eingabe unbeantwortet bleiben würde. Der Senat hat aber in letzter Stunde folgenden antworten lassen:

„Auf Ihre Zuschrift, mit welcher Sie den Präsidenten des Senats zur Teilnahme an der am Sonntag, 4. August, im Gewerkschaftsausschuß stattfindenden Versammlung der Staatsarbeiter

einladen, sind wir beauftragt, Ihnen zu erwidern, daß dieser Einladung nicht Folge gegeben werden kann.“

Wir sind ferner beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß das Ergebnis der Verhandlungen über die in der Eingabe vom Mai dieses Jahres ausgesprochenen Wünsche der Staatsarbeiter in naher Zeit bekannt gegeben werden wird.“

Zu gleicher Zeit erschien in der bürgerlichen Presse Hamburgs eine Notiz, in der in begütigender Weise mitgeteilt wurde, daß der Senat die Staatsarbeiter durchaus nicht provozieren wolle. Dann wird von derselben Presse ein Schreiben der Senatskanzlei mitgeteilt, in dem es heißt, daß ab 1. Januar 1908 den Arbeitern nach dreijähriger Dienstzeit und nach vollendetem 25. Lebensjahr ein Erholungsurlaub gewährt werden soll, dessen Dauer nach sechsjähriger Dienstzeit sich verdoppelt. Während des Urlaubs soll den Arbeitern der Lohn weitergezahlt werden. Ferner soll in allen Betrieben, die mindestens 100 Arbeiter beschäftigen, Arbeiterausschüsse eingeführt werden, welche als Mitglied zwischen der Behörde und ihren Arbeitern zu dienen haben werden.

So war die Situation beschaffen, als am Sonntag die Riesenversammlung der Hamburger Staats- und Gemeindearbeiter tagte. Am Freitagabend hatten die Vertrauensleute der Staats- usw. Arbeiter getagt und eine Resolution beschlossen, in welcher der Organisationsleitung Vollmacht erteilt wurde zur Ergreifung aller geeigneten erscheinenden Mittel. In Anbetracht der veränderten Sachlage wurde diese Resolution nicht zur Abstimmung gebracht, sondern die Leitung beauftragt, alle gebotenen erscheinenden Schritte zur Durchführung folgender Forderungen zu ergreifen:

Schaffung einer anerkannten Arbeitervertretung (Arbeiter-Ausschüsse), Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf neun, für Schichtarbeiter auf acht Stunden, Erhöhung der Löhne und Einführung eines sieben-tägigen Sommerurlaubs für alle Staatsarbeiter.

In Rücksicht auf das angezogene Schreiben des Senats, das keinerlei Mitteilungen darüber enthält, welche der gestellten Anträge und inwieweit diese verwirklicht werden sollen, beschließt die Versammlung:

„Für alle Wechselfälle erhält hiermit die Organisationsleitung die Befugnis zur Ergreifung aller ihr zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen und haben die Staatsarbeiter allen diesbezüglichen Weisungen zu folgen.“

In scharfer Weise wurde das Verhalten der maßgebenden Behörden und das in den Hamburger Staatsbetrieben herrschende Maßregelungssystem gerügt und ausgesprochen: „Nun ist's genug! Sollen wir arbeitend hungern, dann können wir auch ohne zu arbeiten hungern.“ Ein Loblied war es nicht, das der „sozialen Fürsorge“ des Staates, dessen Betriebe ja Mutterbetriebe sein sollen, gesungen wurde. Der Vorsitzende der Staats- und Gemeindearbeiterorganisation, Mohs-Berlin, teilte eine Statistik mit, wonach das hinsichtlich seiner Größe an 2. Stelle und hinsichtlich seines Handels an 1. Stelle in Deutschland stehende Hamburg in bezug auf die Kürze der Arbeitszeit an 30. Stelle und in bezug auf Erholungsurlaub an 50. Stelle steht, und in beiden Punkten somit von einer großen Reihe kleinerer und kleiner Orte übertrouffen wird. — Der Hamburger Senat, der in seiner Mehrheit von Schornmaierallüren beherrscht ist, hat eben weder Zeit noch Lust, sich mit solchen „untergeordneten“ Dingen zu beschäftigen.

Die Lohnbewegung der Hamburger Dreher, Maschinenbauer usw. ist beendet. Wie wir vor einigen Tagen mitteilen, hatten die genannten Metallarbeiter das Angebot der Arbeitgeber (Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag, statt des geforderten Neunfundentags und Lohnzulagen von 2—4 Pf.), weil ungenügend, abgelehnt. Am Sonnabendabend fand abermals eine Versammlung statt, zu welcher nur die direkt beteiligten Arbeiterkategorien zugelassen wurden. Die Organisationsleiter regten eine abermalige Abstimmung über das Angebot an, die auch stattfand. Mit geringer Mehrheit wurde das Angebot abgelehnt. Es wurde darauf hingewiesen, daß, falls die Arbeitseinstellung nicht mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen werden sollte, das Angebot als angenommen gilt, weil sonst der alte Zustand bestehen bleiben würde. Der Vorsitzende verwies auf eine von dem Arbeitgeberverband veröffentlichte Notiz, in der dieser es für zwecklos hält, in Zukunft mit den Organisationsleitern zu verhandeln, da sie über keinerlei Macht über die Massen verfügen. Somit werde immer umgekehrt behauptet, die Gewerkschaftsführer „heben“ die Massen auf und liegen sie nach ihrer Pfeife tangen. Die nun vorgenommene Abstimmung ergab die Verwerfung der Arbeitseinstellung mit einer Mehrheit von über 200 Stimmen. Das Angebot der Arbeitgeber ist mithin abgelehnt. Vom 1. Oktober d. J. ab tritt für etwa 9000 Metallarbeiter der genannten Branchen (in anderen besteht schon der Neunfundentag) die 9½stündige Arbeitszeit und die weiteren Zugeständnisse in Kraft.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom ober-schlesischen Bergarbeiterstreik.

Sabze, 5. August. (W. Z. V.) Laut Mitteilung der königlichen Bergwerksdirektion sind mittags auf dem Offelde der Grube im Krugschachte von 940 Mann der Belegschaft 781, auf dem Westfelde im Marienschacht von 62 Mann 31 nicht eingefahren.

Maurerstreik in Marseille.

Marseille, 5. August. (W. Z. V.) Die hiesigen Maurer beschlossen heute mittag in einer Versammlung der Arbeitsbörsen den sofortigen Generalausstand. Die Ausständigen durchzogen die Straßen der Stadt und veranlaßten alle noch beschäftigten Arbeiter, die Arbeit einzustellen.

Der Streik in Velsaft.

Velsaft, 5. August. (W. Z. V.) Zwölf Ausständige wurden im Zusammenhang mit dem am Sonnabend stattgehabten Unruhen zu Strafen von einem bis sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Publiken einigten sich dahin, die streitigen Punkte einem Schiedsgericht zu unterbreiten, dies berührt aber die Todarbeiter nicht.

Velsaft, 5. August. (W. Z. V.) Drei Firmen lehnten es ab, ihre Zustimmung zu geben, daß die streitigen Punkte in dem Ausstand einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Die Verhandlungen sind mithin gescheitert.

Ein großes Fernbeben.

Trieft, 5. August. (W. Z. V.) Die seismographischen Instrumente des maritimen Observatoriums verzeichneten heute früh ein Fernbeben. Die Entfernung wird auf 4000 Kilometer geschätzt. Der Beginn der Erschütterung war 7 Uhr 52 Minuten 26 Sekunden und das Ende 9 Uhr 36 Minuten 59 Sekunden vormittags.

Die Cholera in Rußland.

Petersburg, 5. August. (W. Z. V.) Die Gouvernements Astrachan, Saratow, Simbirsk, Ufa, Kasan und Nischni-Nowgorod sind amtlich als von der Choleraepidemie bedroht erklärt worden.

Wihlglückler Fluchtversuch.

Simbirsk, 5. August. (W. Z. V.) Zum Zwecke einer Massenentweichung entwaffneten und banden politische Gefangene die Gefängniswache. Das zu Hilfe gerufene Militär wurde mit Schüssen aus den Revolvern der Aufseher empfangen. Die Truppen erwiderten durch Gewehrfeuer. Ein Gefangener ist getötet, einige sind verwundet worden. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Aus der Partei.

Hessischer Landesparteitag.

Friedberg, 4. August. (Fig. Ver.)

Die diesjährige Landeskonferenz tagte diesmal am 3. und 4. August hier in Oberhessen. Es hatten sich dazu 132 Delegierte aus 81 Orten eingefunden; außerdem waren die Landtags- und Reichstagsabgeordneten wie Kreisvorsitzenden vollzählig vertreten. Der Geschäftsbericht und Jahresbericht des Landessekretärs lagen gedruckt vor. Daraus sei erwähnt, daß sich die Mitgliederzahl von 13 000 auf 16 000 steigerte, die Abkonnentenziffer der Parteiorgane von 17 000 auf 26 000. Neue Mitgliedschaften wurden 84 gegründet. Versammlungen fanden einschließlich derjenigen für die Reichstagswahl 1169 öffentliche und 1780 für Mitglieder statt. Der Agitationskalender „Hess. Landbote“ kam in 133 950 Exemplaren zur Verteilung, ein Reiseerflugblatt in 100 000 Stüd. Durch Arbeitsruhe demonstrierten am Parteitag über 10 000 Genossen. Die Jahresabrechnung des Landessekretärs balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 41 951,34 M. An die Zentralkasse nach Berlin wurden 4562,25 M. abgeführt, das Parteisekretariat bezugslos 8457,18 M. Kosten. Aus der separat gegebenen Reichstagswahlabrechnung ist zu entnehmen, daß hierfür in Hessen etwa 48 100 M. verbraucht wurden. 85 Flugblätter wurden in 1420 000 Exemplaren verbreitet, außerdem kamen 268 950 Exemplare anderer Druckschriften hinzu. Unsere Partei brachte es auf über 77 000 Stimmen — und stand somit an der Spitze aller Parteien — und einen Zuwachs von über 8000 Stimmen. Während der Wahlkampagne wurden beinahe 800 Versammlungen abgehalten.

Zu den Punkten Geschäfts- und Klassenbericht, die von den Genossen Ulrich und Orb erläutert und die nach manchen Richtungen hin debattiert wurden, wurden Anträge angenommen, die eine bessere Ausgestaltung des alljährlich erscheinenden Agitationskalenders sowie eine gleichzeitige Berücksichtigung des Reiseerflugblattes, das speziell auch die ländlichen Proletarier mit dem Reiseergebenden vertraut machen soll, bezwecken. Einer Resolution von Darmstadt wurde zugestimmt, in der die Ablehnung einer Einladung zum Hessen-nassauischen Provinzialparteitag in Klein-Steinheim durch das Landeskomitee getadelt und die Erwartung ausgesprochen wurde, in Zukunft derartige Konferenzen zu besuchen. Ueber die letzte Reichstagswahl wurde gesondert debattiert und zwar recht eingehend. Dabei trat Genosse Dr. David entschieden dafür ein, daß die bisher ungelöste Frage des Agrarprogramms endlich zur Erledigung gebracht werde. Seine Verengungspolitik dürften wir treiben und nicht die Kleinbäuerlichen Elemente wie alle nicht an kapitalistischen Interessen interessierte Volksschichten sollten wir abstoßen, sondern wir müßten eine genaue Selbstkritik an uns selbst vornehmen und danach trachten, eine allgemeine Volks- und Kulturpartei zu werden. Wehrfach wurde den Davidischen Ausführungen widersprochen und die Schaffung eines Agrarprogramms für unnötig gehalten, dagegen unentwegt Organisation und Agitation auf dem Boden des Parteiprogramms empfohlen. Der Abfall größerer Schichten des Mittelstandes von uns bei der Reichstagswahl wurde teilweise auf die Erstarkung der Gewerkschaften und die dadurch bewirkte Realisierung wirtschaftlicher Forderungen mit zurückgeführt. Gegen eine ziemliche Minderheit wurde ein Darmstadter Antrag angenommen, den Parteivorstand zu ersuchen, die künftigen Reichstagswahlen nicht mehr solche Wilderflugblätter herauszugeben wie bei den letzten Stichwahlen. Wehrfach waren auch illustrierte Flugblätter als zweckdienlich gehalten. Dem gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht der Landtagsfraktion gab Genosse Dr. Pulbo-Darmstadt noch eine ziemlich ausführliche Erläuterung, wobei er dann im speziellen noch die Schönheiten der neuen Wahlrechtsvorlage beleuchtete.

In der Debatte über diesen Bericht nahm die Zustimmung der Fraktion zur Pringensadresse einen breiten Raum ein. Die Offenbacher und Friedberger Genossen mißbilligten die Haltung der Fraktion in dieser Frage, wenn sie daraus auch keinen Anlaß zu besonderen Beschüssen herleiteten. Eine derartige Gefühlspolitik solle man vermeiden und alle Handlungen im Parlament unter dem Gesichtswinkel sozialdemokratischer Weltanschauung vornehmen, nicht aber solchen einen „privaten“ Charakter geben. Genosse Dr. David betriefft seinen schon in der Presse fundierten Standpunkt in dieser Frage, wobei er mit Entschiedenheit der etwaigen Annahme entgegentritt, als ob die Fraktion in dieser Frage eine Verbeugung vor der Monarchie gemacht. Es lag ein außergewöhnlicher Fall vor, in dem schnell gehandelt werden mußte und wobei auch eine Kalkulation der Gegner vertretbar wurde, die schon darauf gelaunert hätten, dem Großherzog, der ihnen zum Trotz die Verhängung Sühneris durchgesetzt, die Sozialdemokraten als Räpel vorzuführen zu können. Zudem sei doch auch ein Unterschied zu machen in der Beurteilung der Handlungen der verschiedenen deutschen Fürsten. Redner stellt dann zu der hessischen Adressaffäre den Gang unserer österreichischen Genossen in die Wiener Hofburg wie einen ähnlichen Gang zur Eideleistung in Stuttgart und die letzte Zustimmung der rüchtembergischen Genossen zum Etat in Parallele und verwahrt die Fraktion gegen die Annahme, als ob sie ein Jota des Prinzips preisgegeben. Sogar die Davidischen Ausführungen wie diejenigen der Kritiker der Fraktion fanden Beifall. Auch die Genossen Ulrich und Dr. Fuld a beteiligten sich noch in mehr oder minder scharfer Weise an der Verteidigung der Fraktion. Die vom Genossen Seebach-Mainz gegebene Anregung, zur Propagierung des gleichen und geheimen Wahlrechts Straßendemonstrationen zu veranstalten, fand nur vereinzelt Beifall, da man hierfür die Organisationen noch nicht erstarkt genug hielt. Annahme fand dagegen ein Antrag, der Protestaktionen durch Versammlungen und Flugblattverbreitung gegen die reaktionären Regierungsmassnahmen fordert und für die Verwertung der mit der Wahlrechtsvorlage im Zusammenhang stehenden Vorlagen eintritt. Ferner soll die Fraktion in aller Kürze für eine Regulierung und Aufbesserung der Löhne der Waldarbeiter in den hessischen Staatsdomänen eintreten. Auch sollen die Kreisvorsitzenden in Kenntnis gesetzt werden, ob und in welchem Umfange die Lohnarbeiter und Sozialdemokraten zu den Kernen eines Schöffens und Geschworenen zugewogen werden.

Nach einem Referat des Genossen Berthold-Darmstadt über den internationalen Kongress drückt man den russischen Freiheitskämpfern die Sympathie aus und protestiert gegen die Haager Friedenskonferenz. Zur Frage der Reiseerklärung man trotz vereinzelter Widerspruchs an den bisherigen Kongressbeschlüssen festzuhalten. Die Landeskonferenz wählt als Delegierte zum Stuttgarter Kongress die Genossen Ulrich, Dr. David und Betters-Gießen, außerdem überläßt sie es den drei bestgestellten Kreisen, von sich aus auf ihre Kosten noch je einen Delegierten zu wählen. Offenbach und Darmstadt haben von diesem Recht schon Gebrauch gemacht, Mainz hat verzichtet.

Das Referat des Genossen Ulrich über den Essener Parteitag gab nur Anlaß zu der Anregung, die Alkoholfrage mit mehr Ernst zu behandeln und mehr die soziale Seite dieser Frage zu studieren und aufklärend über die unermesslichen Schäden des Alkohols zu wirken. Beim Punkte „kommunalwahlen“ protestiert der Referent Orb mit größter Schärfe gegen die bisher vorgekommene Nichtberücksichtigung sozialdemokratischer Abgeordneter und gegen die beherrschende Annahme, als ob Sozialdemokraten des Landeserrats fähig und daher der Verhängung unwert seien. In einer Resolution wird gegen das ungeschickliche Verfahren der Nichtberücksichtigung Protest eingelegt und zugleich die Wiederwahl derart

Unbefähigter gefordert. Von den sonst ziemlich zahlreich eingelauften Anträgen sei erwähnt ein solcher, der den sozialdemokratischen Turnern als Antwort auf die Mundtotmachung des Genossen Stadtmüller auf dem Deutschen Turntag in Worms den Austritt aus der Deutschen Turnerschaft antrat und ihnen den Anschluß an den Arbeiterturnerbund empfahl. (Hierzu sei bemerkt, daß in Hessen noch eine ganze Anzahl Turnvereine existieren, die zur Deutschen Turnerschaft zählen und denen Genossen angehören.) Ferner sprach man sich in einer Resolution für die Förderung der Jugendorganisationen aus und bewilligte dem Bildungsausschuss dieser Organisation 200 M. Auch wurde ein Antrag angenommen, der sich für Vereinheiligung der Mitgliederbücher in den einzelnen Bundesstaaten ausspricht. In das Landeskomitee wurden gewählt Ulrich und Orb-Offenbach, Busold-Friedberg, Berthold-Darmstadt und Stad-Mainz. Die nächste Landeskonferenz findet in Mainz statt. Nach einem anfeuernden Schlusswort Ulrich gingen die Delegierten nach fast 13tündigen Verhandlungen unter Hochrufen auf die internationale Sozialdemokratie auseinander.

Der deutsche Arbeiterverein Basel hat am Sonntag ein imponantes Fest begangen, an welchem weit über 10 000 Menschen teilnahmen. Es galt dem 75 jährigen Bestehen dieser Organisation deutscher Pioniere der Sozialdemokratie auf Schweizerboden. Vormittags war ein feierlicher Akt in der Burgvogel, bei welcher der Reichstagsabgeordnete Seel die Festrede hielt und die Funktionen des Jubelvereins unter der Schirmherrschaft des Sozialistengesetzes schilderte. Ein Festzug von 2000 Personen zog mit roten Fahnen durch die Stadt zum Festplatz in den Langen-Erlen, wo zu einer etwa 12 000 Köpfe zählenden Volksmenge der Abg. Emmel-Mühlhausen sprach. Eine lehrstwerte Festschrift vom Genossen Heeb fand freudigen Zuspruch. Es war ein von der Sonne begünstigtes herrliches Arbeiterfest.

Auf dem Parteitage der schweizerischen Sozialdemokratie wird Genosse Nationalrat Dr. Brüllein-Bern für die Militärvorlage, Genosse Walter-Winterthur gegen sie als Referenten sprechen.

Dem Parteitage geht die Delegierten-Versammlung des Schweizer Grütlivereins voraus, die außer zahlreichen gesellschaftlichen Angelegenheiten auch die Militärvorlage behandeln und dazu Stellung nehmen, d. h. zu Händen des Parteitages Beschluß fassen will.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenyndikat und Kohlenhandel. Ueber das Verhältnis des Kohlenhandels zum Kohlenyndikat äußert sich der soeben erschienene Jahresbericht der Handelskammer für den Kreis Mannheim für das Jahr 1906 in folgender Weise: Der Kohlenhandel liegt nunmehr so gut wie ausschließlich in den Händen der Rheinischen Kohlenhandels- und Reedereigesellschaft. Diese konnte trotz Wagenmangels im Ruhrrevier und namentlich in Mannheim und trotz ungünstigen Wasserstandes im Herbst die übernommenen Lieferungsverpflichtungen erfüllen, ja ihre Verbindungen erweitern. Doch mußten zu dem Ende nicht nur die oberrheinischen Lager stark in Anspruch genommen, sondern auch erhebliche Mengen englischer Kohlen zu Hilfe genommen werden und es gelang nicht immer, die Wünsche der Industrie auf Zuteilung bestimmter Sorten und Marken zu erfüllen. Der ganze Betrieb wurde durch die erwähnten Mängel wie durch unzureichende Förderung der Zechen, die nicht die nötigen Arbeitskräfte beschaffen konnten, erheblich erschwert. Den Klagen des Kleinhandels lauchte die Gesellschaft durch zweckmäßigere Preisfestsetzungen für den Kleinverkauf zu begegnen. Der abhängige Zwischenhandel stützt sich in seiner Tätigkeit durch die Maßnahmen der Gesellschaft aufs äußerste beengt. Aus der außergewöhnlich lebhaften Nachfrage konnte er für sich keinen Nutzen ziehen, da die Abhängigkeit von der Gesellschaft ihm den Bezug englischer Kohlen verbietet und ein enges Absatzgebiet vorschreibt. Für den noch vorhandenen syndikalfreien Handel war das Jahr 1906, abgesehen von der alle treffenden Kalamität des Wagenmangels und Wassermangels, wegen der lebhaften Nachfrage nach Kohlen günstig. Die Kohlenreviere konnte schon die Zeiten günstigen Wasserstandes teils wegen außergewöhnlich starker Beschäftigung der Zechen für den Bahnbetrieb, teils wegen des im Ruhrrevier herrschenden Arbeiter- und Wagenmangels nicht annähernd voll ausnutzen; das Verlorene konnte während des langanhaltenden Niedrigwassers naturgemäß nicht eingeholt werden, so daß das Ergebnis hinter den Erwartungen, zu denen die günstige Gesamtlage berechtigte, erheblich zurückblieb.

Die Mieten sollen teurer werden. Im „Tag“ bespricht Rechtsanwält Dr. Hoerniger die Verhältnisse am Grundstücksmarkt und eröffnet den wenig angenehmen Ausblick auf Steigerung der Wohnungsmieten. Er schreibt: „Trotz aller Erschwernisse des Geldmarktes geht die Ansicht aller Sachverständigen dahin, daß ein Anstieg der Mieten steht. Der Grundbesitz, namentlich aber der Besitz in Terrains ist in kapitalstarker Hand. Die Verleiher ist erschwert, aber nicht unmöglich geworden. Sie wird auch zum Oktobertermin vielleicht mit noch größeren Opfern vor sich gehen, aber sie wird möglich sein. In Aussicht steht lediglich eine nicht unerhebliche Steigerung der Mieten, und das haben mit ihrer verkehrten Geldpolitik der Staat und die Kommunen getan.“

Konkurse. Die Firma Gustav Kohn in Konig hat falliert. Die Passiven betragen 4 Millionen Mark. Angehlich sollen sechs Holzgeschäfte in Berlin stark in Mitleidenschaft gezogen sein. Weitere Fallissements werden erwartet.

Gerichts-Zeitung.

„Drei Messerstücke für einen Groschen“

Ein brutaler Messerheld, der dieses Angebot in die Tat umgesetzt hatte, wurde gestern vor der 7. Ferienstrammer des Landgerichts I auf längere Zeit unfehlbar gemacht. Wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges mußte sich der angeklagte Arbeiter Wilhelm Schäg vor dem Strafrichter verantworten. Der Angeklagte scheint ein überaus jähzorniger und brutal veranlagter Mensch zu sein, denn seine vielfachen Vorstrafen liegen sämtlich auf dem Gebiete der Gewalttätigkeitsvergehen. Am 12. September vorigen Jahres hatte der Angeklagte schon am Vormittage dem Alkohol stark zugesprochen und trieb sich dann in den Anlagen des Friedrichshains an der Elbingerstraße umher. Von einer Frauenderson, die dort auf einer Bank saß, verlangte er, sie solle ihm 20 Pfennig geben, damit er sich seine Schnapsflasche wieder füllen lassen könne. Als ihm das Geld verweigert wurde, packte S. die Betreffende an der Kehle und brüllte sie nach hintenüber. Auf die Hilferufe der Angefallenen eilte der Händler Georg Troth hinzu. Der Angeklagte ließ nunmehr von seinem Opfer ab, zog sein Taschenmesser hervor und rief dem T. zu: „Sie wollen wohl ein paar Messerstücke haben, bei mir sind sie billig, drei Stück kosten einen Groschen.“ In demselben Momente stach der Angeklagte auch schon wie ein Unsiniger auf Troth ein und brachte ihm zwei Stiche in die Hüftegegend und einen Stich in das Gesicht bei, der beinahe das Auge getroffen hätte. Nach Verübung dieser rohen Tat ergriff Schäg die Flucht. Er wurde jedoch eingeholt und von der Menschenmenge einer ziemlich kräftigen Dynamisjustiz unterzogen, sodas

er später von einem Schutzmann erst der Unfallstation zugeführt werden mußte. Die Stichverletzungen, die Troth erlitten hatte, waren so schwerer Natur, daß er mehrere Wochen an das Krankenlager gefesselt war. — Vor Gericht gab der Angeklagte gleichmäßig seine Tat zu und führte als einzigen Milderungsgrund seine damalige Angetrunkenheit an. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Die Strafkammer ging jedoch mit Rücksicht darauf, daß es sich um eine unglaublich rohe Tat handele, noch über diesen Antrag hinaus und erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Über es gibt keine Klassenjustiz.

Fünf Personen, welche während der Aussperrung auf dem Siemenswerken am Ronnendamm ihr gesetzlich gewährleistetes Recht und ihre Pflicht als Streikposten ausübten, hatten von der Spandauer Polizeiverwaltung Strafmandate in Höhe von je 8 M. erhalten, weil sie den zur Sicherung und Aufrechterhaltung der Ordnung erlassenen Anordnungen der Polizeibeamten insofern nicht Folge geleistet, als sie sich am 30. Oktober resp. 19. November 1906 längere Zeit in der Siemensstraße aufhielten und auf die Aufforderung, die Strafe zu verlassen, zwar gingen, aber nach kurzer Zeit wieder in einer anderen Strafe angetroffen wurden. Gegen diese Strafmandate hatten die Beschuldigten gerichtliche Entscheidung beantragt und beschästigte sich das Spandauer Schöffengericht am vergangenen Freitag mit der Angelegenheit. Die Angeklagten sind sämtlich nicht erschienen. Zwei von ihnen sind durch Rechtsanwält Heine mann vertreten. Als Zeugen sind geladen der Polizeikommissar Marx, die Polizeierganten Bohm und Gierich und der Schlosser Lubke. Zunächst befragte der Polizeikommissar Marx, daß zwischen Streikenden und Arbeitswilligen „Zusammenstöße“ stattgefunden. Auf Befragen erklärt dieser Zeuge, daß er selbst von diesen Zusammenstößen nichts wahrgenommen, Arbeitswillige hätten sich aber bei der Direktion des Werkes beschwert, daß sie geschlagen, ihnen Papiere entziffen und sie beschimpft worden seien. Die Direktion habe die Polizei um Schutz gebeten und insofern habe er den Beamten den Auftrag gegeben, allen Streikposten den Aufenthalt auf dem Ronnendamm, soweit er Spandauer Gebiet betreffe, zu verbieten. Polizeiergant Bohm, der in vier von den fünf Fällen Strafandere erhaltet, bekundet, daß er in den vier Fällen den sich dort aufhaltenden Streikposten jedesmal ausdrücklich gesagt, sie sollten das ganze Gebiet des Ronnendamm verlassen, die Leute seien zwar gegangen, wären aber kurze Zeit darauf von ihm wieder betroffen worden. Einer dieser Angeklagten, der Dreher Wimmer, hatte eingewendet, er sei auf die Aufforderung des Polizeibeamten, die Strafe zu verlassen, in ein dort befindliches Restaurationslokal gegangen, dort wäre er von einem Polizeibeamten herausgeholt und notiert worden. Zeuge Bohm weiß hieron nichts; der Zeuge Marx gibt aber die Möglichkeit zu, daß er in einem Falle einen Mann aus dem Restaurationslokal herausgeholt. Auf Grund dieser Aussage wird der Dreher Wimmer freigesprochen. Das Gericht verurteilt auf Grund der seinerzeit ergangenen Kammergerichtsentscheidung die übrigen vier Angeklagten zu je 15 M. Geldstrafe. Eine Begründung, weshalb die Strafe auf 15 M. erhöht sei, erfolgte nicht. — Nach dieser Verhandlung hatte der Tischlermeister Karl Riemann aus Velten auf der Anklagebank Platz zu nehmen, welcher angeklagt war, der ihm von dem Gewerbeinspektor ausgegebenen Besichtigung von Mängeln in seiner Werkstatt nicht nachgekommen zu sein. Es handelte sich um eine nicht ordnungsmäßige Entlüftung und Beleuchtung der Werkstatt sowie die Befestigung der Gänge mit Material. Der Angeklagte führt an, er habe die Werkstatt im vorigen Jahre von seinem Vater übernommen. Die Werkstatt habe 6 Fenster, von denen die meisten Scheiben entweder zu klein; dies wäre nach seiner Meinung eine ausreichende Entlüftung. Was die Befestigung der Gänge betreffe, so habe er seinen Gesellen streng untersagt, die Gänge zu bestellen. Wenn sie es in seiner Abwesenheit doch tun, so könne er nicht dafür. Der Gewerbeinspektor bekundet, daß die Werkstatt nur 1,65 Meter hoch sei. Die Fenster reichen zu einer ordnungsmäßigen Entlüftung und Beleuchtung für einen so niedrigen Raum nicht aus. Die Befestigung der Gänge mit Material müsse der Angeklagte auch gesehen haben. Der Amtsanwalt beantragte 30 M. Geldstrafe. Das Gericht ist der Ansicht, daß der Angeklagte eine künstliche Entlüftung ohne große Ausgaben nicht habe herstellen können. Der Raum, welcher zwar sehr niedrig sei, wäre dem Vater als Werkstatt konzeffioniert und der Angeklagte konnte somit ohne erhebliche Aufwendung von Mitteln keine Abänderung treffen. Hierfür könne er nicht bestraft werden. Wegen der Befestigung der Gänge wird er zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. — Man sieht, wie die Klassenverengungen der Richter ihre Urteil beeinflusst. Den Streikposten, die ihr gesetzlich gewährleistetes Recht ausüben, wird die Strafe von 8 auf 15 M. erhöht und der Tischlermeister, der seinen Gesellen zumutet, in einem nur 1,65 Meter hohen Raum, in welchem ein ausgewachsener Mensch kaum gerade stehen kann, Tag für Tag zu arbeiten, erhält nur 10 M. Geldstrafe. Von Rechts wegen.

Ein raffinierter Gaunertrick.

durch welchen mehrere große Berliner Konfektionshäuser in empfindlicher Weise geschädigt worden sind, lag einer Anklage zu Grunde, die gestern den Schneider Karl Grimm vor die 1. Ferienstrammer des Landgerichts I führte. Mit ihm mußte sich der Schneidermeister Mathias Hermann wegen Hehlerei verhandeln. Eines Tages anfangs Mai d. J. wurde das Verkaufsbureau des Warenhauses von S. Adam in der Leipzigerstraße von einem Oberleutnant von B., der bei einem hiesigen Gardinfanterieregiment diente, telephonisch angerufen. Der Offizier machte eine größere Bestellung in Hülfsleistungsfäden und eruchte zugleich um Zusendung einer Musterkollektion von verschiedenen Sportartikeln. Die Angestellten des Kaufhauses ersehen aus dem Adreßbuch, daß der Name und die Wohnung des Oberleutnants stimmten und sandten sofort einen Boten mit den gewünschten Sachen zu dem Offizier. Der Bote traf diesen nicht an, wohl aber dessen Wurschen, der die Waren anfänglich nicht abnehmen wollte, da ihm von einer Bestellung seines Vorgesetzten nichts bekannt war. Erst auf den ausdrücklichen Hinweis des Warenhausangestellten, daß der Oberleutnant die Sachen soeben erst telephonisch bestellt habe, nahm der Offizier die Bestellung der Waren in Empfang. Einem Viertelstunde später erschien in der Wohnung des Oberleutnants ein etwa 30jähriger Mann, der sich als Verkäufer des Kaufhauses Adam vorstellte. Unter höflichen Entschuldigungen erklärte er dem Wurschen, es sei durch ein Versehen eine Warensendung irrtümlich an den Oberleutnant von B. gelangt. Er sei nun beauftragt, die Waren sofort wieder abzuholen und an die richtige Adresse zu befördern. Der Wursche des Leutnants handigte dem angeklagten Abgesandten des Kaufhauses die Pakete mit den Sachen wieder ein, worauf sich dieser unter nochmaligen Entschuldigungen empfahl. Als der Oberleutnant von B. am Nachmittag in seine Wohnung zurückkehrte, wurde ihm von dem Wurschen dieser Vorfall mitgeteilt. Der Offizier setzte sich mit dem Kaufhaus telephonisch in Verbindung und erfuhr nunmehr zu seinem Erstaunen, daß dort nichts davon bekannt war, daß die Abholungsfäden irrtümlich an seine Adresse gelangt und bereits wieder abgeholt seien. Es stellte sich heraus, daß die Angestellten des Adam'schen Kaufhauses einem mit festem Raffinement ausgeführten neuen Trick eines Gauners zum Opfer gefallen waren. Der Schwindler hatte die Zeit genau abgepaßt, in welcher sich der Oberleutnant im Dienst befand, und dann in dessen Namen die Bestellung gemacht. Sodann hatte er vor der Wohnung des Offiziers Posto gefaßt und abgewartet, bis der Bote des Warenhauses die Sachen abgeliefert hatte. Nach einiger Zeit begab er sich dann selbst in die Wohnung des Oberleutnants und setzte sich unter

der Maßle eines Angestellten in den Besitz der Sachen, die einen Wert von 570 M. hatten. In ganz gleicher Weise gelang es dem Schwindler auch, verschiedene andere Firmen, wie Herpich, Arnold Müller, Thier u. Sigrand, um Waren im Werte von je mehreren Hundert Mark zu schädigen. Erst als eine Warnung vor dem Schwindler in den Zeitungen erschien, konnte ihm das Handwerk gelegt werden. Als ein hiesiges Warenhaus wieder mit einer telephonischen Bestellung durch einen Offizier bedacht wurde, sandte man einen Boten mit leeren Pappkartons an die angegebene Adresse. Als bald darauf der angebotene Artikel des Kaufhauses erschien, wurde er von einem Kriminalbeamten in Empfang genommen. Es war der jetzige Angeklagte Grimm, der sich auf diese Weise längere Zeit hindurch ein sorgenfreies Leben verschafft hatte. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß der jetzige Mitangeklagte Hermann drei Anzüge und einen Sommerpaleot erheblich unter dem üblichen Preise gekauft hatte. Die Folge war ein Strafverfahren gegen S. wegen Hehlerei. Da Grimm im Vorderfahren geltend gemacht hatte, er sei nicht zurechnungsfähig, war eine Beobachtung seines Geisteszustandes angeordnet worden. Medizinalrat Dr. Störmer und der Gerichtsarzt Dr. Marx begutachteten vor Gericht übereinstimmend, daß S. infolge erblicher Vererbung geistig minderwertig sei. Mit Rücksicht hierauf erkannte das Gericht auch nur auf die vom Staatsanwalt beantragte Strafe von 6 Monaten Gefängnis. Das Verfahren gegen den Mitangeklagten Hermann wurde vorläufig abgetrennt und die Sache verlagert, da auf seinen Antrag hin noch mehrere Entlastungszeugen geladen werden sollen.

Die Folge einer Lohnforderung!

Eines Nachts lief in der Glasfabrik zu Sarnitz bei Meissen ein Ofen über, sodaß die flüssige Glasmasse die auf dem Boden stehenden Häfen zerstörte. Da auch der Ofen unbrauchbar geworden war, hatte die Fabrik einen Schaden von 15 000 M. für

das Unglück wurde der Schürer Weber verantwortlich gemacht, der den Ofen überheizt haben soll. Ja man nahm sogar an, daß er dies absichtlich gemacht habe aus Rache für eine nicht-bewilligte Lohnzulage, wegen der er auch gekündigt hatte. Der Arbeiter hatte sich deshalb wegen Sachbeschädigung vor dem Meißner Schöffengericht zu verantworten. Eine Absicht konnte ihm nicht nachgewiesen werden, trotzdem verurteilte man ihn zu 6 Monaten Gefängnis. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung vor dem Dresdener Landgericht wurde verworfen, obwohl die ganze Anklage auf sehr schwachen Füßen ruhte. Der Angeklagte glaubt, daß ihm ein Streich gespielt worden sei, als das Unglück passierte.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen!

Im Anschluß an den Aufruf des Parteivorstandes erläßt die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands in der „Gleichheit“ folgende Aufforderung an die Parteigenossinnen:

„Die Aufgaben der gesamten Sozialdemokratie sind auch eure Aufgaben. Der Behandlung der Fragen, die auf der Tagesordnung des Parteitag stehen, kommt eine schwerwiegende Bedeutung für den doppelten Befreiungskampf der Proletarierinnen zu. Als besonders wichtig für die Genossinnen sei hervorgehoben der Bericht über den Internationalen Kongreß, auf dem die Erörterungen über das Frauenwahlrecht von großer Bedeutung für die proletarische Frauenbewegung sein werden. Auch die Punkte Parteischule und Bildungsausschuss, Raiffeisen, Alkoholfrage sind geeignet, den Genossinnen eine Fülle von Anregungen für ihre Arbeit zu bieten. Die Zahl der weiblichen Delegierten in Essen sollte im Verhältnis zu der fortschreitenden kräftigen Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung stehen, im Verhältnis zu der

steigenden Mitarbeit der Genossinnen auf allen Gebieten der Parteitätigkeit. Wegen des hohen Wertes der Genossinnen in allen Mittelpunkt unserer Bewegung dafür sorgen, daß dem Parteitag als Delegierte auch Frauen beizubringen, die in treuer Pflichterfüllung alle Arbeiten und Kämpfe der Sozialdemokratie teilen. Wo es möglich ist, sollten die Genossinnen sich sofort mit den Genossinnen ihrer Wahlkreise über die Wahl einer gemeinsamen Delegierten verständigen. Wo die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens ausgeschlossen ist, haben sie das statutengemäß gesicherte Recht auszunutzen, in öffentlicher Frauenversammlung eine eigene Delegierte zu wählen. Die erfolgte Wahl weiblicher Delegierten ist der Unterzeichneten mitzuteilen.

Berlin, den 22. Juni 1907.
Mit sozialdemokratischem Gruß
Ottilie Haeder,
Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 2.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Charlottenburg. Mittwoch, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3: Vortrag von Frau R. Zeege: „Wie wir arbeiten und wirtschaften müssen“.

Briefkasten der Redaktion.

N. N. 1412. Ist ein Flecken. Regierungsbetrieb Düsseldorf, 6175 Einwohner. — N. N. 1871. Fragen Sie bitte beim Vorstand der teilsigen Gemeinde an, und ist nicht bekannt. — N. N. 2. Wenden Sie sich an einen Goldarbeiter. — N. N. 10. Nach dreimonatlicher Mitgliedschaft in der Parteilorganisations. Wenden Sie sich an Ihren Exekutiv. — N. N. 7. W. Treten Sie der Offenbacher Krankenkasse bei, Brunsenstr. 66 bei Klinge. — N. 76. Wenden Sie sich an das amtliche Kaufmännische Bureau, Bahnhof Alexanderplatz. — Hermann Meyer. Ja. — J. R. 2. Wenden Sie sich an die Verwaltung der städtischen Gaswerke. — N. N. 22. Ja

Hier den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 6. August, Anfang 8 Uhr.
Neues Königl. Operntheater.
Garmen.
Deutsches. Der Jongleur.
Berliner. Der Hund von Baskerville.
Schiller O. (Wagner-Oper.)
La Traviata.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Adeliches Theater.) Der Weg zur Hölle.
Neues Schauspielhaus. Naffies.
Neues. Ein seltsamer Fall.
Komische Oper. Lesca.
Westen. Die lustige Witwe.
Kunstspielhaus. Quarenzeller.
Bernhard Rose. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
Central-Theater. Tagebuch einer Verlorenen.
Zirkon-Theater. Frauen in Josefine — meine Frau.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Apollo. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Kafferauto. — Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.
Gebr. Herrnsfeld-Theater. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtlied.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wassage. Spezialitäten.
Urania. Landentrache 48/49.
Um 8 Uhr: Die Meister der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelm-Adeliches Theater.
Abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr: Das kolossale Spezialitäten-Programm mit Gumpfl-Baumli, Pipifax und Pank, Exzentriker, Mad. Blödy von Kaulbach, Jüdische Tänze.
10 Uhr: Stürmische, ununterbrochene Lachen über Hartstein als Dreißiger Rehmann in seiner Burleske „Der Hochzeitsgast“.

Schiller-Theater O.

(Wagner-Oper)
Worms-Oper.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Gumpfl-Baumli Runge.
Traviata. (Die Kameliendame.)
Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Gumpfl-Baumli Bötzel.
Martha oder: Der Markt zu Richmond.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Afrikanerin.

Ferdinand Bonn

Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Hund von Baskerville.
Mittwoch: Sherlock Holmes.
Donnerst.: Der Hund von Baskerville.
Freitag: Sherlock Holmes.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Sufarenjieber.

Zentral-Theater.

Abends 8 Uhr:
Tagebuch einer Verlorenen.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

BERNHARD ROSE THEATER

Ge. Franzfurterstr. 132.
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das erste Klaffige August-Programm.
Sperlich 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

Polologlow - Zigaretten

Das Stück 3 bis 10 Pfennige
Überall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

Landes-Ausstellungs-Park.

Neu erbaut: Festsäle, Café und Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners und Soupers von 4 Mark an. 82/13*
Doppelkonzert. Illuminationsabende großen Stils.

Diez' Spezialitäten - Theater.

Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit u. allen Stadttricht.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!
Ob Riesenschlag!

Landsberger Allee auf Stelzen.

5 Allison, phänomenale Akrobaten. — The Keros, konturrenziöse Renfett. — Heinz Heuer, Selli Geldern, prolongiert.

Dazu das neue brillante August-Programm.

Anf. 8 Uhr. Kaffeestübe. Vollbelustigt. aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Lebensmittelmangel in Sicht!

Warum greift der Handel nicht ein?
Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A. vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pf. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bezw. 65 Pf. für das Inland, Mk. 2.20 bezw. 70 Pf. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugchriften und Prospekte.

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Rose.
Heute:
Das großartige August-Programm.
Günstlich 4 1/2 Uhr: Mit großem Erfolg:
Carmen.
Spezialitäten ersten Ranges.
P. Vondaro, Nitzel-Luri-Trio.
Jack-Theo-Trio. Gebr. Damm.
Paul Coradini.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Großer Bitte-Ball.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Oll. Blumenstr. 16.
9 1/2 Uhr: Der Hund von Baskerville.
9 Uhr: Egon Piton mit seinen Charakterstudien: Berlin unter den Linden.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Donnerstag: Benefiz für Räte Reich: Minna von Barnhelm.

Schweizergarten

Am Königstor. Am Friedrichshah.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Theater-Vorstellung.

Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7/9.
Spezialitäten 1. Ranges.
Austreten der Löwenbrant
Tilly Bébé mit ihren dreif. Löwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Otto Pritzkow

Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Täglich Eingang von Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Neue Welt

Hasenheide 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Mittwoch:
Ernte-Fest.
Gratübelosung:
1 goldene Herrenuhr.
1 goldene Damenuhr.
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag!
Monster-Feuerwerk.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Mittwoch 15 Pf. Donnerst. 50 Pf.
Entree zum Kongertgarten 10 Pf.

Walhalla-Variete-Garten

Weinbergsweg 19/20, Stoltenh. Tor.
Neue Spezialitäten.
Dressierte Bären.
Anf.: Konzert 8; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung im Theater 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang
Bodenplatz
8 Uhr,
Sonntag
7 Uhr.
Reichshallen
Garten
u. Kost.: Gr. Militär-Konzert.

Sanssouci.

Kottbusser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntags, Montags,
Donnerstags:
Hoffmanns Nordl. Sängers
u. Tanzkränzchen.
Seit hochachtungsvoll
Programm.
Sonntags Beginn 5 Uhr,
wochentags 8 Uhr.

Sozialdemokratischer Wahlverein Spandau.

Am Sonnabend, den 3. August, schied unser treuer Genosse Hermann Hausburg aus dem Leben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 6. August, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Kurzestraße, aus statt.
Die Genossen werden um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Von der Reise zurück. 203/13
Dr. Wallbach,
SO., Muskauerstraße 16.

Von der Reise zurück
Dr. Silberstein
Arzt. 56162
Rixdorf, Berlinerstr. 93.

Blumen- und Franzbinderei

von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neues Katalog m. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13/15.
Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderstücke.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeestübe ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Belle-Alliance-Garten

6 Uhr: Konzert und Variété.

Volksgarten-Theater.

Bad-Beckstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Bellermannstraße.
Großstadtvaudeville.
Original-Aufführungen • Operetten-Burlesken in 2 Akten von B. Gerde. Ruft von Alfred Sommerfeld.
Dazu:
Das neue Riesen-Spezialitäten-Programm.
Vollbelustigungen.

Hermann Imbs.

Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Bau-Tischlerei

täglich für Inventurwert sofort zu verkaufen. Off. Nr. 672 Daube & Co., Potsdamerstr. 3. 284/6

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 2. August verstarb unser Mitglied, der Galvaniseur Max Ludwig
Holgasterstraße 7.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Hedwigs-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Berlinerstraße, aus statt. 285/11
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Klavierarbeiter Johann Dorsch am 2. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
91/18 Die Ortsverwaltung.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Bezirk Südost.
Nachruf.
Am Freitag, den 2. August verstarb unser treuer Kollege 35/19 Franz Miesner.
Ehre seinem Andenken!
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Deutschlands.

Stiliale Berlin.
Am 8. August starb das Mitglied 125/15 Robert Scholz an der Lungenschwindsucht.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 6. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Gemeindefriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Hiermit allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser heißgeliebter Sohn, Bruder und Schwager, der Tischler Robert Kühn am 4. August sanft entschlafen ist im Alter von 22 Jahren.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 7. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Pauls-Gemeinde in Widgensee statt.
Im Namen der Hinterbliebenen
Reinhold Kühn u. Frau geb. Warschun.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 54272* Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.
Von der Reise zurück.
Dr. Alfred Simonsohn,
Invalidenstr. 129.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 7. August, abends 8^{1/2} Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Obleute. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Werkstatt-angelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder der Zahlstelle Berlin werden ersucht, Vertrauensleute zu entsenden. Dieselben besuchen die Vertrauensmänner-Versammlungen ihrer Branche oder die von ihrer Werkstatt aus am nächsten einberufene Bezirksvertrauensmänner-Versammlung.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Die Versammlungsorte sind folgende:

Tischler.

Süd-Westen: bei Habel, Bergmannstr. 5-7.

Süden: bei Glesing, Wassertorstr. 68.

Südosten I (zwischen Wabersberg und Mantuffelstraße) bei Fuhs, Mantuffelstr. 95.

Südosten II (zwischen Mantuffelstraße und Gdelliger Ufer) bei Fuhs, Mantuffelstr. 95.

Osten I (zwischen Zentrum und Fenchstraße) bei Walter, Andreasstr. 21.

Osten II (zwischen Fenchstraße und Friedrichsberg) bei Litfin, Memelerstr. 67.

Oestliche Vororte: bei Wildner in Friedrichsberg, Friedrich Karlsru. 11.

Nordosten: bei Booker, Ederstr. 17.

Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei Obiglo, Schwedterstr. 23.

Wedding und Moabit: bei Fahrenow, Stedensstr. 6.

Bautischler.

Süden, Westen, Südosten, Bez. 1: bei Mähring, Admiralsstraße 18c.

Osten, Bez. 2: bei Zietz, Warschauerstr. 61.

Norden, Bez. 3: bei Karl Hude, Koppenhagenstr. 74.

Wedding u. Moabit, Bez. 4: bei Fortanier, Tegelerstr. 56.

Polierer.

Osten: bei Buchwald, Große Frankfurterstr. 133.

Südosten und Osten: im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18c.

Norden: bei Maas, Brunnenstr. 96.

Drechsler u. Treppengeländer-Branche.

Norden: bei Bergmann, Brunnenstr. 79.

Osten: bei Schneider, Friedenstr. 67.

Südosten u. Südwesten: bei Stramm, Ritterstr. 123.

Stockarbeiter

bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Musikinstrumenten-Arbeiter

abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5.

Kistenmacher

bei Bandach, Fiedlerstr. 28.

Bilderrahmen-macher

bei Pahl, Brandenburgstr. 22.

Kammacher

bei Walter, Wabersbergstr. 62.

Perlmutterarbeiter

bei Hoffmann, Cyprianerstr. 47.

Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Korbmacher

bei Hoffmann, Koppenstr. 47.

Bürstenmacher

bei Schubert, Raunynstr. 14.

Modell- und Fabrik-Tischler

bei Mothes, Gussiteustr. 40.

Vergolder

in Dietrichs Festsälen, Trebbenerstr. 116.

Eingiehung der Statistiken.

Stellmacher

bei Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57.

Bodenleger u. Bohner

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Die Vertrauensleute werden ersucht, die Sammellisten für den Kollegen Kirch abzurechnen.

Einsetzer

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8.

Die Kollegen, welche Beiträge auf die rote Karte geben, erhalten ihre Unterstüfung Sonnabends von 7-8 Uhr in der Wohnung des Kollegen Mittag, Bergmannstr. 110, ausgezahlt.

Maschinenarbeiter

Die Vertrauensmänner-Versammlung fällt aus.

Dafür am Mittwoch, den 7. August, abends 8 Uhr, in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstr. 21:

Außerordentl. Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen mit den Präseparatbesitzern. 2. Neu-regelung der Zeit der Arbeitsvermittlung. 3. Branchen-Angelegenheiten und Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Jalousie-Arbeiter

Die Vertrauensmänner-Versammlung findet am Donnerstag, den 8. August, abends 8^{1/2} Uhr, bei Walter, Wabersbergstr. 62, statt.

Achtung, Vertrauensleute!

Die Zahlstelle 67 ist von Gräfestr. 2 nach Urbanstr. 87 verlegt worden.
In Treptow ist eine neue Zahlstelle bei Mahlau, Riefholz-straße 35, errichtet worden.

Montag, den 12. August, bei Keller, Koppenstr. 29:

General-Versammlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1232. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 7. August 1907, abends 6 Uhr, im Lokale „Zum Askaniar“ (Inhaber: Burschte), in Mariendorf, Chausseestr. 82:

Öffentliche Versammlung

aller in Mariendorf, Mariensfelde und Tempelhof beschäftigten Metallarbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Die reaktionären Handlungen der Unternehmer in der wirtschaftlichen Krise. Referent: Kollege Handke.
2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! Mit Rücksicht darauf, daß es notwendig ist, die Arbeiterschaft über die letzten Ereignisse innerhalb der Eisen- und Metallindustrie, soweit es die Unternehmer und die verschiedenen Arbeiterorganisationen betrifft, genügend aufzuklären, erwarten wir, daß ein jeder von Ihnen, ob alt oder jung, in die Versammlung kommen wird.

Zu dieser Versammlung sind die Kollegen von Andree, Degenhardt, F. ter Belp, Puls, Sander, Nöhle, Heubach, Diph, Fern u. Ludwig, Schindler, Ernecke, Stabernad, Hartung, Weiß u. Freitag, Kemper Motor, Lück u. Co., Speyerer, Pratz u. Hertel, Daimlerwerke, Kaspari, Gas-messer- und Gasofen-Fabrik, Stod ganz besonders gebeten, zu erscheinen.

Mittwoch, den 7. August 1907, abends 7 Uhr, in Graumanns Festsälen, Raunynstr. 27:

Große Versammlung

aller in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Julian Borchardt über: „Das neue Evangelium“.
2. Diskussion.
3. Jahresbericht der Agitationskommission.
4. Neuwahl der Agitationskommission.
5. Abrechnung vom Rasenball.
6. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 7. August 1907, abends 8^{1/2} Uhr, in Zühlkes Festsälen, Dennewitzstr. 13:

Bezirksversammlung für Westen u. Schöneberg.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung einst und jetzt.“ Referent: Genosse Eugen Brückner.
2. Neuwahl der Bezirksleitung.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 7. August 1907, abends 8^{1/2} Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:

Bezirksversammlung für Charlottenburg.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Die Gewerkschaftsbewegung vor und nach dem Sozialistengesetz.“ Referent: Kollege K. Wüde.
2. Bericht des Volkshaus-Ausschusses.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
123/6 Die Ortsverwaltung.

Neubau Armin-Hallen

Kommandantenstraße 58/59.

Eröffnung am 1. Oktober 1907.

Festsäle verschiedener Größe, bis 1150 Personen fassend. 5 Vereinszimmer. 8 moderne Parkettsegelbahnen.

21495* Gebr. Mielitz.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Ganse. Beste Stelle Ringenstraße. Empfehlung:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen, auch für torpente Herren passend.
Dieselben sind von seinen Cavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 55002*
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Zur gefl. Beachtung!

Infolge Anhäufung von Aufträgen sind wir mit Lieferungen etwas in Rückstand gekommen; die hierdurch entstandenen Gerüchte, in unserer Fabrik werde gestreikt, sind in böswilliger Weise aus der Luft gegriffen, zumal bekanntlich gerade in unse-rem Betriebe stets das beste Einvernehmen mit unserer Arbeiterschaft besteht!

Gebr. Selowsky - Dresden.

Bewährte Spezial-Marken:

Zenith. — Askari. — Bolero.

Dräsel's Festsäle Neue Friedrichstr. 85

Rein großer Saal ist am 6. Oktober er. durch Abtrennung frei geworden und anderweitig zu vergeben.
Inh.: Adolf Kochmann.

Verlobte!

Komplette Küchen-Einrichtungen:

130 Teile . . .	Mk. 35.-
200	75.-
300	150.-

Alle Teile auch einzeln billigst!

L. Katz & Co.

Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt,
Spezial-Geschäft.
Filiale:
Brandenburg a. H.

II. Wahlkreis

Dienstag, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentl. Generalversammlung
im Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.

Tages-Ordnung:
1. Beratung des Statuts von Groß-Berlin und Anträge zu demselben.
2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Am zahlreichsten und pünktlichsten Erscheinen ersucht
239/14* Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 6. August 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Meier, Sebastianstr. 39:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Änderungen zum Verbandsstatut. 2. Die Verbands-Generalversammlung und event. Anträge zu derselben.
3. Wahl der Delegierten. 4. Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert. 241/13*
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.
Sektion d. Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
Wittwoch, den 7. August 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Wagner, Michaelkirchstraße, Ecke Wusthansenerstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Tarifkommission. 2. Verschiedenes.
Kollegen! Da diese Versammlung für unsere Gruppe eine sehr wichtige ist, ist das Erscheinen sämtlicher Sektionsmitglieder dringend notwendig.
35/17* Die Sektionsleitung.

Zentralverband deutscher Branereiarbeiter.

Zweigverein Berlin.
Bureau: C. 54, Mülackstraße 10, I. — Fernsprecher: Amt III, 4518.
Achtung! Kollegen! Achtung!

Dienstag, 6. August, abends 7 Uhr, im „Engl. Garten“, Alexanderstr. 27c:

Versammlung

sämtl. in Weißbierbrennereien beschäftigten Arbeitnehmer.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über den eingereichten Lohnantrag. 2. Diskussion.
42/11 Die Lohnkommission.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlatstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Teppiche mit farbigen Flecken, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, kein Laden. Mauerhoff. +1
Steppdecken billig, Hebril Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1
Wardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 17
Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Stahlystraße 40. *
Herrenfahrräder, Damenfahrräder, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 25158*
Steppdecken, billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 21678*
Teppiche! (Leibstoffe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Odeischer Markt 4, Bahndorf. 2611*
Möbelfabrik, Drantenstraße 58, direkt Werkplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachen bis zum Eleganteren. Besondere Gelegenheit bietet sich in verlebten gemieteten, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschaffung erbeuten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Tischlampen 20, Schiffs-lampe 29, Satteltaschen 45, Kassetten 55, hochlegante Garnitur 75, Säulenstrahlen 82, Bettstelle mit Matratze 16, Auszieh-tisch 18, Kuschelstühle, Vertiko 27. Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Kuller-lack gratis. 26118*

Herren-Garderobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 36 Mark an. Knaut beim Handwerker, Lassef den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. H. Dörge, Dresdenerstraße 109. *
Restaurant zu verkaufen, täglich 200 Mark Kasse, Nudorf, Amierstraße 119. +114*
Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeleitet spottbillig. Sommer, Wienerstraße 51.
Benzengastrolen!! Gaszug-lampen! 2,00. Schaufensterlicht! Hängelicht! spottbillig! Gaslamps 1 1/2. Juchelgaslamps! 3,00. Bohlaner, Waldnertheaterstraße 32. 20068*
Herrenmann Schlingler, Turmstraße 58, hat die besten Arbeits-anträge. 25742*
Sensationelle Neuheit! Automal Phönix, Hamburg. Generalvertrieb Koppentstraße 13, Restaurant. +44*
Steppdecken, volle Größe, Cre-tonne 3,00, Krioto 4,25, Simillseide 4,25, Wolllas 5,50, Normalflor-decken 1,85, Sonderangebote. Teppich-haus Emil Ledvort, Oranienstr. 158.
Restaurant, gutgehend, sofort billig zu verkaufen. Logothstraße 79, an der Seefr. +190*
Pfundaktion! Kattgefunden. Billigster spottbilligster Ausverkauf zurückgeleiteter Handstücke, Schmutz-lachen, Taschentücher, Uhrketten, Bett-wäsche, Bettdecken, Gardinen-verkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Tischdecken, Hemdverkäufe, Damen-lachen, Herrenlachen, Nähmaschinen, Silberverkauf, Regulatoren, Freil-schwinger, Bettinette, Kassetten-wäsche. Pfandleihhaus, Weiden-weg 19. +130*
Restaurant wegen Grundstücks-übernahme zu verkaufen. Näheres Engel, Mariannenstraße 41, Hof I. +13
Kanzüge, Paletots und zurück-geleitete Maßbestellungen können billig zum Verkauf Friedrichstr. 212, 1 Treppe. Händler derselben! 56/4*
Pianino (hohes), 100,00. Turm-straße 8, I. 56/6
Gutgehende Blusen, Kostümstücke, Glanzmanteil, selbstgeleitet, verkauft spottbillig Altauer, Brunnenstraße 4. Keine Ladenmiete. 21815*
Herrenfahrräder, elegant, fast neu 45,00. Berlin, Ritterstraße 94. *

Sozialdemokratischer Verein im fünften Berliner Wahlkreise.

Dienstag, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Alten Berliner Schützenhause, Linienstr. 5.

Tages-Ordnung:
1. Die Änderung des Verbandsstatuts sozialdemokratischer Wahlvereine. 2. Wahlvereins-Angelegenheiten. 3. Parteifragen. 4. Verschiedenes.
Bei der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ersuchen wir um alleseitiges Erscheinen.
237/3 Mitgliedsbuch legitimiert! Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr, in den „Germania-Prachtssälen“, Chausseestraße Nr. 110:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 2. Statutenberatung. 3. Bericht des Vorstandes, der Kassierer und der Revisoren. 4. Anträge.
Mitgliedsbuch legitimiert. 235/19*
Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Dienstag, den 6. August 1907, bei Hoppe, Hermannstraße 49:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Parteitag in Essen. Referent Genosse Holkenbaur. 2. Die Provinzialkonferenz. 3. Unsere Kreisgeneralversammlung. Anträge und Wahl der Delegierten. 4. Wahl der Delegierten für die General-versammlung Groß-Berlin. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.
235/9* Der Vorstand.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin N. 54, Baumstr. 188, Restaurant Wälte. Amt III, 6325.
Achtung!
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.**
Geschäftszeit täglich von 10^{1/2} — 1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Ver-fügung. 50/4* Der Vorstand.

Verlosungsartikel

an Landpartien, für Vereine u. nur Reubellen, Lampions, Stocklaternen, Packeln, Girlanden, Mützen, Musik- und Radnachen **spottbillig im Engros-Geschäft L. H. Gotthilf, Alto Jakobstraße 93, an der Seydelstraße. 54286***
Vereinen extra hoher Rabatt.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabak, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be- **Zigaretten** an Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Extra-Dampfer-Ferien-Fahrten

nach Wernsdorfer Schleuse u. Gosener Berge
Währt ca. 10 1/2 Uhr früh
Hin und zurück 50 Pf. { ab Schillingsbrücke.
Hierzu ladet ein Pfiel, Restaur. u. Oder-Spree-Kanal.

Verkaufe.
Teppiche mit farbigen Flecken, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, kein Laden. Mauerhoff. +1
Steppdecken billig, Hebril Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1
Wardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 17
Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Stahlystraße 40. *
Herrenfahrräder, Damenfahrräder, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 25158*
Steppdecken, billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 21678*
Teppiche! (Leibstoffe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Odeischer Markt 4, Bahndorf. 2611*
Möbelfabrik, Drantenstraße 58, direkt Werkplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachen bis zum Eleganteren. Besondere Gelegenheit bietet sich in verlebten gemieteten, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschaffung erbeuten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Tischlampen 20, Schiffs-lampe 29, Satteltaschen 45, Kassetten 55, hochlegante Garnitur 75, Säulenstrahlen 82, Bettstelle mit Matratze 16, Auszieh-tisch 18, Kuschelstühle, Vertiko 27. Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Kuller-lack gratis. 26118*

Kleine Anzeigen

Vermietungen.
Et-Restaurant, Pantou, Mühlentstraße 38/39, an der Berlinerstraße, mit vielen Nebenräumen, großem Vorgarten, sofort zu vermieten, eventuell mit Einrichtung. Näheres bejehelbst. 21785*
Zimmer.
Möbliertes Vorderzimmer, ein oder zwei Herren, vermietet billig Luisenstr. 38, III rechts. (Oranien-platz) 55/18*
Teilnehmer zur möblierten Schlaf-stelle (Balkonzimmer), Badebenutzung 11,00. Urbanstraße 65, rechter Aus-gang II. links. 20588
Balkonzimmer (Badebenutzung), herrliche Aussicht, Baumhuldenweg, Trojanstraße 6 II, Bahndorf. 18945
Teilnehmer zum möblierten Zimmer gesucht Belle-Alliancestr. 11, Seitenflügel I rechts. 17155
Schlafstellen.
Schlafstelle, sofort (Herren) Wilhelm Stolzestraße 40, Duer-gebäude III. Conrad. +120*
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgebracht. A. Gajer, Mülack-straße 27. 14688
Kleinschneider, spottbillig, gut-sichend, schnell, geübt, Reparaturen, Reparaturen, Garderobereinigung, sucht Kundchaft. Ebert, Fruchtl-straße 31, vorn. +130
Stellenangebote.
Chauffeurschule „Am Wedding“, nur Gerichtstraße 17, größte, be-deutendste, nimmt kein Lehrlinge an. Theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Angerlei-leitung. Werstätten mit elektrischer Kraft. Kostenlose Vermittlung hoch-bezahlter Stellen. 28432*
Handreinigung ohne Wohnung Hufelandstraße 26. +190
Schlosser auf Treibarbeiten für Kronenfabrik, nur erste Kraft, suchen G. Gansereit u. Co., Ritterstraße 88.
Arbeiter-Sekretär.
Für das Arbeiterssekretariat Kottbus-Spreberg wird zu bald möglichem Eintritt ein Arbeiterssekretär gesucht. Anfangsgehalt 2000 M. Bewerbungen sind unter Angabe bisheriger Tätigkeit bis zum 20. August mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Unterzeichneten einzusenden.
Paul Dörr, Kottbus, Roßstr. 29.
Redakteur
für großes Parteiblatt gesucht. Nur auf erste Kraft wird reflektiert. Eintritt und Gehalt nach Vereinbarung.
Bewerbungen sind zu richten an die Expedition des „Vorwärts“ unter L. I. 56132*
Die Stelle eines technischen Leiters am „Volksfreund“, Karlsruhe, ist besetzt.
Den Bewerbern besten Dank.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.
**Goben Nebenverdienst können sich Damen und Herren — undesholten und getrandt im Verlebe — mit vielen oder besseren Beziehungen durch Akquisition für beliebige Versicherungs-Gesellschaft erwerben. Erferten sub J. L. 2814 befordert Rudolf Hoffe, Berlin SW. 56/8
Verfäberer verlangt Max Leonhard, Weihenlee, Lederstraße 86. +138
Schuhmacher wird verlangt Langen-bedstraße 2. +139
Lithographen, tüchtige, verlang R. Schlingler, Jemnitzstraße 49.
Gelang-Veren sucht Dirigenten Hagenstraße 25, Borsik. +150
Tüchtiger Bleichfäher kann sich meinen Genossenschaftsanteil erwerben, erforderlich 300 Mark, wegen Reise nach dem Ausland. Unter Chiffre P. 177, Vorwärts-Expedition Linden-straße 69. +13
Sortiererin, geübt, sucht Dienst, Fellerstraße 1. 21826
Maschinennäherin für leichte Arbeit auf Wägen verlangt Oehme-mann, Grünauerstraße 27. +13
Tüchtige Nähmaschinen verlangt D. Rohde u. Co., Grüner Weg 20, III.
Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Bringenstraße 41. 56/3*
Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Schiff-bauerdamm 1 (Ecke Friedrichstraße).
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Wegen Streik und Differenzen ist gelöst:
Für Vergolder u. Leistenpolierer die Firma Mackensen, Ritter-straße 47. 56/17*
Für Bodenleger gelöst der Van-Schillerstr. 121/122, Firma Mittag.
Van Waijstr. 8, Firma Pomplun
Bau der Firma Petsch, Rosen-hainerstraße, Ecke Hoffhäuserstraße.
Für Kordmacher Schmidt, Dresdenerstr. 82.
Die Ortsverwaltung.**

Eine furchtbare Eisenbahnkatastrophe

Hat sich am Sonntagmittag auf der Strecke Angers-Poitiers auf einer Brücke ereignet. Der 11 Uhr 29 Minuten von Angers in der Richtung nach Poitiers abgegangene Zug stürzte am Eingange der über den Loirestrom fahrenden Brücke ab. Der Zug zerbrach die Brustwehr der Brücke; Lokomotive, Tender und der darauf folgende, mit Reisenden vollgestopfte Waggon stürzten in den Fluß.

Zahl der Toten, die diese Katastrophe gefordert, wird auf 50 angegeben. Die Eisenbahnkatastrophe ist dem teilweisen Einsturz der bei Pont de Ce über die dort sehr breite Loire gespannten eisernen Brücke zuzuschreiben. Während der Zug diese Brücke, die den Namen Pont de la Pyramide führt, passierte, brach unter der Last des Zuges plötzlich die Brückenbahn ein. Hierdurch stürzten die Lokomotive, der Tender, ein Padwaggon und ein mit Menschen gefüllter Personenwagen hinunter.

Die anderen Wagen kamen zum Stillstand und machten vor der gähnenden Doffnung Halt. In diesen Waggons brach eine furchtbare Panik aus, viele Passagiere hatten durch den Anprall der Wagen Verletzungen erlitten und stürzten in heller Angst aus den Waggons. Der ins Wasser gestürzte Waggon dritter Klasse versank sofort unter dem Wasser. Die unglücklichen Passagiere, von denen kein einziger sich befreien konnte, haben einen jämmerlichen Ertrinkungstod erlitten. Der Lokomotivführer und der Zugführer retteten sich durch Schwimmen.

Das Rettungswerk begannen zwei Kompagnien des 6. Genie-Regiments aus Angers.

Es wird darüber berichtet: Die Loire hat an jener Stelle eine Tiefe von vier Meter. Die Lokomotive liegt auf dem Grunde des Flußbettes auf der Seite, unter ihr die Leiche des Heizers, der sich nicht freimachen konnte. Auch der verunglückte Personenwagen liegt völlig eingedrückt und demoliert im Flußbett auf der Seite. Die Bergungsarbeiten sind sehr schwierig. Bisher sind 18 Leichen herausgeholt. Die Strecke, auf der der Unfall passiert ist, gehört zum Staatsbahnnetz.

Eine Meldung vom gestrigen Tage besagt: Außer den dreizehn geborgenen Leichen, die bereits identifiziert werden konnten, sind keine weiteren aufgefunden worden. Die Bergungsarbeiten mußten wegen der Dunkelheit gestern abend um 9 Uhr eingestellt werden. Es sieht noch nicht fest, ob eine Verschiebung der Brücke erfolgt ist oder ob die Entgleisung eine andere Ursache hat. Der Bauminister Barthou ist um Mitternacht nach dem Ort der Katastrophe abgereist. Soweit bisher festgestellt werden konnte, befindet sich unter den Opfern kein Ausländer. Sechzehn Personen sind mehr oder minder schwer verletzt.

Partei-Angelegenheiten.

Wahlung 5. Wahlkreis. Auf die heute Dienstagabend 8 1/2 Uhr im Alten Schützenhause, Linienstr. 5, stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins machen wir besonders aufmerksam und eruchen um allseitiges Erscheinen der Mitglieder. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Heute abend 8 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung. Beratung des neuen Statuts für Groß-Berlin sowie der Änderungsanträge. Vereinsangelegenheiten. Broschürenverteilung.

Steglitz. Mittwoch, den 7. August, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl von 8 Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins und Wahl von 3 Delegierten zur Generalversammlung des Kreises. 4. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, die entliehenen Bücher zur Ordnung der Bibliothek mitzubringen eventuell abzugeben.

Spandau. Heute findet der Jahlabend statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Adenau. Heute, Dienstag, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins beim Genossen Seidel, Grünauerstr. 31, statt. Genosse Zuberl spricht über die letzten Reichstagswahlen. Da auch die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins erfolgen, erwarten wir zahlreichen Besuch.

Adnig-Wusterhausen und Umgegend. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Mittwoch, den 7. August, Punkt 8 Uhr, im Lokale von Wedhorn die Wahlvereinsversammlung stattfindet. Tagesordnung: Bericht der Funktionäre, Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. Aussprache über den Parteitag und den Internationalen Kongreß; auch findet die Ausgabe der Willeits zum Volksfest statt.

Rorbend. Mittwoch, den 7. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Genossen Schüller die Monatsversammlung des Wahlvereins statt. Um zahlreichen Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Borsigwalde. Dienstag, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr, findet bei A. Reuter ein Diskutierabend statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag über: „Gefehgebung und Sozialdemokratie.“

Berliner Nachrichten.

Das Sängerefest der Arbeiterschaft.

Wenn der Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend kein Sängerefest gibt, da weiß man, daß nicht nur Tausende, sondern Zehntausende herbeiströmen, um mit den licherfrohen Genossen Not und Sorge des Alltags zu vergessen und sich zu erbauen an dem zum Liebe gewordenen erhabenen Gedanken des nahenden Völkerrühlings. Aber am Sonntag, beim 16. Sängerefest des Bundes, war die Schar der Festgäste über alles Erwarten zahlreich. Glücklich konnten sich die Preisen, die trotz des trüben Wetters am Vormittag schon nach Weihensee hinausgezogen waren und sich dann nicht allzuweit von der Sängertribüne einen behaglichen Sitzplatz gesichert hatten, um am Nachmittag in aller Ruhe den Worten und Tönen lauschen zu können, welche die große Schar der später Gelommenen nur in dichtem Gedränge stehend oder von der Ferne aus genießen konnten. Waren es doch noch mäßiger Schätzung 30 000 bis 35 000 Menschen, die am Feste teilnahmen! Die 20 000 Programme, die der Bund hatte drucken lassen, waren schon vor 4 Uhr alle vergeben und zwei Stunden später konnte niemand mehr eingelassen werden, weil die Willeits alle geworden und der große Garten auch gedrängt voll von Menschen war! Aber das Gedränge führte nicht die Festesfreude. Wer an früherer Zeiten zurückdachte, fühlte sich um so glücklicher in dem Bewußtsein, daß nun eine so ungeheure Menge durch ihr Erscheinen liebevolles Verständnis für die Ideale bekräftigte, die den Arbeiterjüngern Kraft und Begeisterung geben, die in ihren Liedern leben. Wagnigen sich doch die Säger der Arbeiterschaft

nicht damit, in althergebrachter Weise Weib, Wein und Gesang zu preisen, pocht doch vielmehr in ihren Liedern lebendig der Gedanke der Menschheitsbefreiung, mit mächtigen Tönen frohen Widerhall erweckend bei der lauschenden Menge! Dessen wurde man auch am Sonntag inne; das zeigte sich in leuchtenden Blicken, in begeisterungsvollen Weisfallsrufen.

In der ersten Hälfte des Tages erzeute man sich vor allem an der Fülle musikalischer Genüsse. Das Hauptorchester, das Berliner Sinfonieorchester, die Berufs Musiker von der Freien Vereinigung, alle ließen es nicht an Eifer fehlen, das Beste ihrer Kunst zu bieten, und es gelang ihnen denn auch vortrefflich, die Festgenossen immer von neuem zu fesseln und zu erbauen. Um 4 Uhr kam der große Sängerefestzug; voran das prächtige Banner des Bundes, folgend zwischen den unerschöpflichen Reihen der liebeskundigen Arbeiter die Banner, Fahnen und Standarten der ungefähr 200 Vereine. Ein farbenpräches Bild, das da unter fastig grünem Laub der Bäume vorüberzog! Auch die Leute von Weihensee, die nicht zum Feste erschienen waren, konnten sich am Sängerefest erfreuen. Die Weidsee hatte den Umzug durch die Straßen erlaubt. Es lag ja auch kein vernünftiger Grund vor, dies nicht zu tun. Gab doch das ganze Fest mit der ungeheuren Teilnehmerzahl wieder einmal den Beweis, daß die organisierte Arbeiterschaft jeder Ordnungstörung und Standalmaderei abhold ist, daß Pant und Zwietracht und Kirmesausfäureitungen in ihren Reihen keine Stätte finden.

Als nach dem Festzuge die 2000 Säger sich auf der Tribüne versammelten, da strömten von allen Seiten scharenweise die Festgäste herbei.

„Nicht verzagt im heiligen Kampfe,
Dräut Altar auch, Thron und Geld,
Gegen Freiheit, Recht und Wahrheit
Gibt es keine Macht der Welt!“

Klang es mächtig herab von der Tribüne, widerhallend im Innersten der begeisterten, lauschenden Menge.

Nachdem die Massenschöre gesungen hatten, kamen in den späteren Abendstunden die 150 Säger des Berliner Männerchors von 1905 und des Vereins Freier Männerchor, dann die 120 Säger der Kreuzberger Harmonie und der Sängervereinigung Südost zu Wort und Ton, und auch ihre Gesänge schallten mächtig durch die Wipfel, weckten rauschenden Beifall der Menge.

Das in diesem Sommer so feltene schöne Wetter, dessen sich der Sängerbund und seine Gäste den ganzen Nachmittag über erfreuen konnten, schien am späten Abend, just als das Feuerwerk begann, ins Gegenteil umzuschlagen. Aber die drohenden Wolken sandten nur vereinzelte Tropfen herab und zogen vorüber. Ungehindert konnte sich die glühende Farbenpracht der Leuchtfeuer, Raketen und Feueräder über den „Weihen See“ ergießen.

In den anderen Lokalen am See hatten sich nun auch große Menschenmassen versammelt, um von dort aus so viel wie möglich teilzunehmen an den Genüssen, die der Sängerbund den Festgenossen bot.

Die Arbeiter-Samariterkolonne walnete mit Pflichteifer ihres Amtes. Leider ist das schöne Fest nicht ohne einen Unglücksfall verlaufen, der den Betroffenen und ihren Angehörigen Sorge und Weh bereitete. Am Abend explodierte die Ketherlampe an einer Personenwage im Garten. 4 Kinder und 3 Erwachsene trugen mehr oder minder schwere Brandwunden davon. Ihnen wurde in den Samariterzelten die erste sachverständige Hilfe zu teil. An der Kaffeeküche war ein so großer Andrang, daß durch die schwere Belastung der Fußboden durchbrach, wodurch eine Frau in Schreitkämpfe berief. Verletzungen durch zerbrochene Gläser usw. kamen 8 mal vor. Mehrere Kinder sind ins Wasser gefallen; sie wurden durch Mitglieder der Rettungswache, ohne ernstlichen Schaden genommen zu haben, herausgeholt. Die Unfallstation der Kolonne wurde in etwa 30 Fällen in Anspruch genommen.

Das Gebrüder Herrnsfeld-Theater hat am Sonnabend seine Pforten wieder geöffnet. Während der kurzen Pause, in der es geschlossen war, ist das bei der Eröffnung noch unsertige Theater gänzlich renoviert worden und präsentiert sich dem Besucher als ein recht schmuder Bau. Am Sonnabend schien es anfänglich, als sollte auch der Charakter der Bühne eine andere Gestaltung bekommen, denn eine kleine burleske Operette unter dem seltsamen Titel: „Rabane Wig-Wag“ war als Premiere angekündigt; allein es schien nur so. Der Inhalt derselben zeigte, daß auch in ihr die Herrnsfeldschen Kolauer und der echte Herrnsfeldsche Witz an mehr wie einer Stelle zu ihrem Rechte kommen. Soweit man aus den bunt durcheinander gewürfelten und vielfach ganz unvermittelt aufeinander folgenden Szenen einen leitenden Gedanken herauschälen kann, besteht er darin, daß die jungen Jüglinge eines Mädchenpensionats gegen ihre liebesdürstende Rabane — Wig-Wag — rebellieren; sie wollen ihre Freiheit haben, um eine italienische Nacht zu feiern. Nataniel Brückengelder, der Tanzmeister des Instituts, hilft den Mädchen nach Kräften, ihr Ziel zu erreichen und sich zugleich von der tollen Pensionatsinhaberin zu befreien. Ein in das Stück eingestreutes Couplet und das hübsche Lied von „der ewigen Liebe in der stillen Sommernacht“ verfehlten ihre Wirkung auf das zahlreiche Publikum nicht. Eine prädelnde, einsameichelnde Musik gab dem Ganzen erst das richtige Relief. Gelacht und gestlakt wurde reichlich, und die Verfasser, die beiden Herrnsfelds, mit zahlreichen Blumenarrangements bedacht. Gespielt wurde gut. — Am die Premiere schloß sich der Schwan: „Es lebe das Rastleben“, Folgen einer Separatfäre in zwei Akten. Diese Komödie, die etwas ergängt und umseilt ist, hat ihre Wirkung behalten und wird sie wohl noch lange ausüben.

Der erste schöne Sonntag nach einer Reihe von Regentagen brachte einen gewaltigen Massenverkehr, demgegenüber sich die vorhandenen Verkehrsmittel als unzureichend erwiesen. Besonders erschwert wurde die Beförderung der Massen, da der Frühverkehr weniger stark war und der Hauptandrang auf den Stadtbahnstationen erst in der zweiten Nachmittagsstunde einsetzte. Demgemäß waren um diese Zeit die nach den Vororten fahrenden Züge überfüllt und die Beförderung der Ausflügler erfuhr auf einzelnen Stationen, wie auf Schlesischen Bahnhof, Friedrichstraße, Bellevue eine Stodung. Es mußten eine Anzahl Extrazüge vom Schlesischen Bahnhof resp. Charlottenburg abgefahren werden, damit die auf den Bahnsteigen befindlichen zurückgebliebenen Fahrgäste befördert werden konnten.

Zwei Straßenbahn-Zusammenstöße, bei denen zusammen 19 Personen verletzt wurden, werden von gestern gemeldet. In der Nacht zum Montag gegen 2 Uhr früh passierte ein Straßenbahnzug der Linie 78 den Wollenmarkt, als in der Weiche nach der Spandauerstraße plötzlich der Anhängewagen Nr. 143 aus den Schienen sprang und gegen den aus entgegengesetzter Richtung kommenden Motortwagen Nr. 2867 der Linie 74 prallte. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Gewalt, daß die Fahrgäste der beiden Waggons von ihren Sitzen geschleudert wurden. An dem Anhängewagen 143 wurde die linke Säule eingedrückt, das Trittbrett abgebrochen und der Puffer abgerissen. Dem Motortwagen wurde die Perzonecke eingedrückt, die Stöße gebrochen und die

Türscheiben zertrümmert. Verleht wurden: Erich Reglin, Dessauerstraße 26 wohnhaft, welcher Hautverletzung am Kopf erlitt; Karl Kiel aus der Großen Frankfurterstraße 79 erlitt Hautabschürfungen an der linken Kopfsseite; Pius Begele, Rüdorsdorferstraße 30 wohnhaft, Hautabschürfung am linken Bein; Bogislaus Starbowski, Zimmerstraße 46, trug Hautabschürfung an der linken Kopfsseite davon; Ernst Gamastraße, Wemelerstraße 20, klagte über Kopfschmerzen; Robert Lohhausen und dessen Ehefrau Elise, Thaeerstraße 62 wohnhaft, über Brustschmerzen; Herrn Kiel, Katharinenstraße 5, wurden mehrere Zähne eingedrückt; Karl Günterle, Rausterstraße 15, erlitt Verletzung am linken Bein; Hermann Schade, Koppenstraße 9 wohnhaft, Verletzung am linken Arm, und Frau Kochowski, Kochmannstraße 7, Verletzungen an der Brust und am linken Arm. Sämtliche Verunglückten erhielten auf der Unfallstation in der Brüderstraße die erste Hilfe und konnten sich, nachdem ihnen die Notverbände angelegt worden waren, nach ihren Wohnungen begeben. — Ferner fand ein Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnzügen am Kälaniischen Platz, gegenüber dem Anhalter Bahnhof, statt. Dort hielt ein Straßenbahnzug der Linie 59, um Fahrgäste aufzunehmen, als ein Straßenbahnzug der Linie 98 auf demselben Gleis herannahte und auf den Vorzug auffuhr. Bei dem Anprall wurden der Anhängewagen 2601 und der Motortwagen 2802 stark beschädigt. Die in dem letzten Waggon befindlich gewesene Frau Eißhoff, Lüchow-Ufer 2, erlitt eine Verletzung der linken Hand, der Kaufmann Richtenhof, Ludenwalderstraße 15, eine Verletzung am Schienbein. Außerdem meldeten sich noch 6 Fahrgäste aus beiden Zügen, die über Schmerzen am Kopf resp. Rücken klagten, jedoch äußere Verletzungen nicht erlitten hatten. Sämtliche Verunglückten konnten, ohne sofortige ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, sich nach ihren Wohnungen begeben.

Der mutmaßliche Mörder der Wirtschaftlerin Frau Blath aus der Schmidstraße hat bisher kein Geständnis abgelegt. Er befindet sich noch im Militärarrest bei dem 99. Feldartillerie-Regiment in Perleberg. Ueber sein Verhalten dort bei und nach der Gegenüberstellung mit dem Dienstmädchen Grimm werden noch einige Einzelheiten gemeldet. Nachdem sich Kriminalkommissar Bannowski und der Regimentsadjutant von dem Mörder noch einmal eine genaue Beschreibung des verdächtigen Mannes hatten, geben lassen, führten sie Sopolinski, dem man unterdessen seinen blauen Anzug und den steifen Plüsch angelegt hatte, in die Kasernenstube. Sofort erklärte das Mädchen ganz bestimmt: Das ist er! Dabei blieb es auch. Sopolinski erlaubte, brach in Tränen aus und beteuerte und beschwor seine Unschuld. Es müsse ein Irrtum sein, er sei nicht der Mörder, versicherte er wiederholt. Zwei Stunden später vernahm ihn Kommissar Bannowski noch einmal. Jetzt versuchte er einen Alibiweis zu führen, indem er behauptete, er sei mit seinem Wirt am Vorabend im Bellealliance-Theater bei einem Ringkampf gewesen. Später habe er sich nach einem Besuche des Cafés Habsburg an der Ecke der Linden- und Zimmerstraße mit ihm gezaunt und gerungen und bei dieser Gelegenheit die Krampfwunden erhalten. Die mitverhaftete Marie Stahl aus der Zimmerstraße Nr. 58 stammt aus Leipzig. Sie ist 26 Jahre alt, ein unterfertigtes, stark gebautes Mädchen mit frischem Gesicht und nicht unangenehmen Zügen. Bei ihrer ersten Vernehmung auf dem Polizeipräsidium war sie ganz niedergeschlagen und brachte kaum ein Wort heraus. Als sie dann nicht entlassen, sondern unter dem Verdachte der Begünstigung festgehalten wurde, weinte sie heftig. Von der Täterin Sopolinski will sie durchaus nichts wissen. Sie befreit auch, irgend welche Sachen von ihm zur Verleisefchaffung erhalten zu haben.

Drei Arbeiter durch Kohlenstaube vergiftet. Auf dem Neubaugrundstück an der Ecke der Brüderstraße und Neumannsgasse hat sich gestern nachmittag ein bedauerlicher Unfall zugetragen. Drei Arbeiter und zwar der in der Großbeerenstraße 21 wohnhafte Rudolf Reichow, der 32 jährige Mag Lieder, Alt-Moabit 2, und Wilhelm Doms, Schwedterstr. 12, hatten sich im Kellergehöf mit Vdarbeiten zu schaffen gemacht. Auf einem Kolksofen erwärmten sie die zum Löten notwendigen Metalle. Der Kolk war infolge großer Hitze außerordentlich stark zum Entwideln von Gasen geneigt, wodurch sich der Kellerraum allmählich dicht mit Gasen angefüllt hatte. Verämbt stürzten sie alle drei nieder. Einige Zeit später fand ein anderer hinzukommender Arbeiter die Kollegen leblos auf der Erde liegen. Man rief nun sofort den Arzt von der nahen Unfallstation herbei, dem es mit Hilfe des Sauerstoffapparates nach angestrengter Tätigkeit gelang, D. und L. wieder ins Leben zurückzurufen. Dagegen schienen die Bemühungen bei Doms längere Zeit als aussichtslos. Durch die unermüdliche Rettungstätigkeit des Arztes hatten die Versuche mit dem Apparat endlich auch bei D. Erfolg. Es wird gehofft, daß er dem Leben erhalten bleibt. Die beiden erleren Arbeiter befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Mit einer förmlichen Schlacht endete ein Massenüberfall, der am Sonntag in der dritten Morgenstunde auf dem Gesundbrunnen stattfand. Im ganzen wurden zehn Personen verlegt, fünf davon schwer und einer lebensgefährlich. Der Letztere liegt im Virchow-Krankenhanse danieder. Der 22jährige Arbeiter Karl Allert aus der Jochimstr. 2 hatte in der Nacht zum Sonntag mit einigen Freunden die Laube eines Bekannten aufgeschüt. Unter der Gesellschaft befand sich auch ein junges Mädchen. Als die jungen Leute nach 2 Uhr die Kolonie verlassen hatten, kam ihnen eine Rotte von etwa zwanzig Wurschen entgegen, die sich an das Mädchen heranzumachen wollten. Es entstand nun ein Wortwechsel, in dessen Verlauf die Roubies über die wechellosen jungen Leute herfielen. Das junge Mädchen eilte schleunigst nach der Kolonie zurück, um Hilfe herbeizuholen. Auf der Straße wurde der Auflauf immer größer. Es entstand jetzt ein förmlicher Kampf. Revolverkühle fielen und an einzelnen Stellen sah man Verwundete zusammenbrechen. Von zahllosen Messerstichen getroffen brach auch A. zusammen, er wurde in bewußtlosem Zustande mittels Krankenwagens in das Virchow-Krankenhaus eingeliefert. Sein Zustand ist recht bedenklich. Drei der Schwerverletzten erhielten die ersten Notverbände auf der nahen Unfallstation, während es die übrigen Verletzten vorzogen, in der Nachbarschaft wohnende Ärzte aufzusuchen. Ein Zeuge dieser wilden Szene teilt uns mit, daß er auch nicht einen einzigen Schuttmann gesehen hat, um ein Einschreiten zu veranlassen. Hier gerade wäre es am Plage gewesen, daß die Ruhe und Ordnung, die man angeblich stets bei Streiks gefährdet glaubt, von den Hätern der Ordnung hergestellt worden wäre.

Ein größerer Einsturz ist am Teltowkanal erfolgt. Durch die starken Stürme und die fortwährenden Regengüsse sind die Böschungen am Kanal bedenklich ins Wanken gebracht worden. In der Nähe der Siemensbrücke hinter Steglitz hat sich auch bereits ein recht ausgebreiteter Einsturz der Böschung eingestellt. Die Arbeiten zur Veseitigung des Schadens, die sofort in Angriff genommen worden sind, werden längere Zeit andauern.

Rot und Krankheit haben vorgestern den 33jährigen Buchhändler Ernst Manoly aus der Lüchowstr. 3 in den Tod getrieben. Seit zwei Jahren war M. kränklich und infolge dessen war es ihm nicht mehr möglich zu arbeiten. Er verlor alle seine Stellungen, da er sie nicht mehr auszufüllen vermochte. In der Verzweiflung griff der Unglückliche zum Revolver; er jagte sich in der Nacht

zum Sonntag eine Kugel in die linke Schläfe und war auf der Stelle tot.

Im Teltowkanal ertrunken Vor den Augen zahlreicher Zuschauer hat sich am Sonntag der 45 Jahre alte Fischer Deinhardt aus der Schwedterstraße im Teltowkanal ertränkt.

In einem Korbringszug erschossen hat sich vorgestern der 38jährige Kaufmann Arthur Pöppelmeier aus der Richelieustraße 27.

In der Notiz: „Submissionswettbewerb in Berliner Steinsegelei“ stellt nunmehr das „Berliner Tageblatt“ auf die bekannte Aufschrift des Arbeitgeberverbandes der Steinsegelei der Provinz Brandenburg fest.

Der Turnverein Fichte bittet uns, folgendes mitzuteilen: Anlässlich des am Sonnabend des Vereins in der „Neuen Welt“ abgehaltenen Sommerfestes sollten zum Schluss der turnerischen Vorführungen Pyramiden von circa 100 Männer-Mitgliedern aufgeführt werden.

Auf dem Sängerkreis am Sonntag im Schloß Beiensee sind folgende Gegenstände verloren gegangen: eine goldene Damen-uhre (Doppellappe), ein silbernes Kettenarmband, drei Portemonnaies mit Inhalt, drei Spatiergläser, zwei Schirme, eine schwarze Leder-tasche, eine rotblaufarbene mit Portemonnaie und Inhalt, eine Amethystenbroche (Abeblatt), eine braune Handtasche, ein brauner Lederbeutel, eine feuchtleberne Zigarettentasche, eine fahnenfutteral-spiße.

Bei der Wondschneefahrt des Rudervereins „Vormärts“ ist eine Damenuhr gefunden worden; dieselbe ist abzuholen bei Karl Voigt, Schrifftführer, Caprivistraße 10.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird der mit zahl-reichen farbigen Bildern aus den Eisregionen des Alpenlandes ausgestattete, touristisch wie wissenschaftlich gleich interessante Vortrag: „Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“, der außerdem jene Zeiten veranschaulicht, in denen unsere Vorfahren hier in heilem Kampfe mit den Unbilden der Kälte lebten.

Feuerwehrbericht. Am Sonntagabend um 8 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Chausseestraße 29 alarmiert, wo Schwefel in einem Konfektionsgeschäft brannte. Gegen 10 Uhr erfolgte ein Alarm nach der Bellealliancestraße 90. Dort war ein Gasbehälter nicht geschlossen worden und Gas ausgeflossen. Die Feuerwehr löschte, sperrte den Hauptgasbehälter ab und beseitigte dadurch die Gefahr.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Mit dem Dolch in die Brust gestochen hat sich in der Nacht zum Sonntag der Omnibusfahrer Wilhelm Ristermann aus der Albertstr. 7. Am Sonnabendabend war R. mit seinen Angehörigen in einem Vergnügungsetablisement in der Hauptstraße gewesen. Durch eine Feuerkerze seitens einer der Gäste wurde er plötzlich so aufgebracht, daß er sofort das Lokal verließ und gefolgt von seiner Frau und der Schwiegermutter nach Hause eilte.

Friedrichshagen.

Mit dem Revolver bedroht wurde am Sonntagabend in Konrad's Resthäfen der Zimmerer Wald Bohne von dem Arbeitswilligen Paul Reumann. Wie uns mitgeteilt wird, befand sich B. in gewöhnlichem Lokal und wurde plötzlich von R. beim Vorbeigehen gestreift. Ohne daß B. sich weiter daran lehrte, trat R. an ihn heran und fragte, was B. von ihm wolle. Als B. erwiderte, daß er bisher von ihm nichts gewollt habe, forderte ihn B. auf, mit ihm hinauszugehen. Den Provokationen maß B. keine Bedeutung bei, und als er an die Tür des Lokals kam, wurde ihm mit einem Male ein Revolver von R. vor die Brust gehalten. R. wurde von dritter Seite am Schienbein verhiert. Jetzt ersuchte Bohne den sich in der Nähe im Dienste befindlichen Gendarmen, dem Revolverhelden die Waffe abzunehmen. Der Beamte kam diesem Ersuchen nicht nach, sondern meinte, Reumann sei ein Arbeitswilliger. „Sie werden wohl Schuld haben.“ Auch ein noch-maliges Ersuchen des B. kam der Beamte nicht nach. Auf den Ein-wand Bohnes, daß Privatpersonen das Tragen von Waffen ohne Waffenchein verboten sei, antwortete der Beamte, daß dies nicht zu-treffe; Waffen könne, wenn nicht großer Unfug damit getrieben würde, jeder tragen. Hat der Beamte, wie hier mitgeteilt, sich ge-äußert, so wäre das allerdings ein starkes Stück. Nicht Notwehr, sondern direkt gefährlich grober Unfug ist es, wenn, wie aus der obigen Darstellung hervorgeht, ein friedlicher Mensch mit der Waffe bedroht wird. So weit sind wir wohl noch nicht, daß Elemente vom Schlage des R. ein Privileg auf die Ausübung ge-fährlichen groben Unfugs hätten.

Johannisthal.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab der Vor-sitzende den Vorstandsbericht vom letzten Quartal. Dasselbe sei, so bemerkte Redner, im Vergleich zu dem vorigen ruhig verlaufen. Reueinnahmen seien nur zwei gemacht worden. Nach dem Kassens-bericht betrug die Einnahme 166,70 M. Das dem Orte zuzurechnende Drittel wurde mit 8,70 M. in der Ausgabe überschritten. Der Speiditeur konnte einen Ueberschuß von 25,90 M. überweisen. Der Abonnementstand des „Vorwärts“ betrug Ende Juli 187 gegen 192 im Juni. Die Bibliothek wurde nach Mitteilung des Genossen Gohms in den Sommermonaten wenig benutzt. Genosse Luban teilte mit, daß in der Lokalfrage sich nichts geändert habe, trotzdem zwei freie Lokale ihre Besitzer wechselten. Den Bericht der Kreis-Generalsammlung gab Genosse Krieg.

Als Delegierte zur Generalversammlung Groß-Berlins wurden die Genossen Luban und Albert Schmidt, zu Kreisdelegierten die Genossen Frost, Schneider und Krieg, als Revisor Genosse Mertins und als Bezirksführer Genosse Scherling gewählt. Die Gemeinde-vertreter Dähling und Radumke gaben ein Bild ihrer Tätigkeit im Gemeindeparlament. Wesentlich längen ihre Ausführungen, daß der Gemeindevorstand des Ortes 4-5 Sitzungen ferngeblieben ist. Zum Schluss wies Genosse Schneider auf das Sommerfest des Wahlvereins hin, welches am 11. August im Lindenhof stattfindet.

Rosenthal-Wilhelmsruh.

Ein neues Postamt wird mit dem 1. Oktober die Gemeinde Rosenthal-Wilhelmsruh, an Stelle der jetzigen, dem Postamt 4 Berlin, unterstehenden Agentur erhalten. Die Gemeinde hat es in wenigen Jahren von einer Einwohnerzahl von 2000 auf 6000 Seelen ge-bracht, so daß die Einrichtung eines Postamtes zur unbedingten Notwendigkeit geworden ist.

Vorsigtvalde.

In Lebensgefahr schwebten Sonnabendnachmittag gegen 1/2 7 Uhr zwei Vorsigtvalder Knaben. Auf dem Gelände an der Klärstation hatten sich der 11 Jahre alte Kraft und der 12 Jahre alte Hennig eine Erdhöhle gegraben, die sie bei ihren Spielen benutzten. In der erwähnten Zeit gab die Erdbede plötzlich nach und ehe sich die um Hilfe schreienden Knaben retten konnten, waren sie verschüttet. Der Arbeiter Gramme hatte zum Glück den Häufchen gehört und kam noch rechtzeitig, um die Knaben, von denen nur noch ein Fuß heraus-ragte, auszugraben, bevor sie erstickten. Schaden hatten sie an-sehentlich nicht erlitten. Der Vorfall sollte zur Warnung dienen.

Große Veränderungen gehen zurzeit in der Vorsigtvalder Schule vor sich. Dort wird nämlich die ganze Dampfheizungsanlage, mit der auch eine Brausebadeeinrichtung für 16 Badende verbunden ist, umgelegt und verbessert. Die Schule wird auch in ihrer Gesamtheit an die Kanalisation angeschlossen. Sodann erhält der Schulhof eine feste Bede von Kohlenkaut, durch die das Stauben an windigen Tagen vermieden und der Platz als Turn- und Spielplatz brauchbar wird. An den seit dem Frühjahr eingeführten Jugend-spielen war die Beteiligung sehr gut. Die Gemeinde Wittenau be-willigte zur Anschaffung von Spielgeräten 90 M. Es sind wöchentlich zwei Stunden für das Spielen bestimmt, an dem vorläufig nur die beiden oberen Klassen teilnehmen. An den für alle Kinder be-stimmten Ferienspielen unter Lehrer Steinborns Leitung nahmen sehr viele Kinder aller Klassen teil.

Motwales.

Am Mittwoch, den 7. August, abends 1/2 9 Uhr, findet im Schmiedischen Lokale eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse K e h l e i n -Berlin über: „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung“ referiert. Die Arbeiterschaft wird ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Das Gewerkschafts-Kartell.

Spandau.

Einen Verlust haben die Spandauer Genossen zu verzeichnen. Der Genosse Hausburg ist am Sonnabendmittag aus dem Leben geschieden. Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags um 4 1/2 Uhr statt. Die Genossen versammeln sich um 3 1/2 Uhr vor dem Trauerhause, Kurze Str. 10. Erweist unserem treuen Genossen die letzte Ehre.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Verfammlungen.

Die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen nahmen am Freitag in einer öffentlichen Versammlung Stellung zum internationalen Tabakarbeiterkongress, der am 11. August in Stuttgart abgehalten wird. Der Referent B ö r n e r warf einen Rückblick auf den vor drei Jahren in Amsterdam abgehaltenen internationalen Kongress und beleuchtete die Bedeutung des bevorstehenden Kongresses. Die Versammlung beschloß, eine Vertretung der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Berlins nach dem Kongress zu senden und wählte den Kollegen Rosenthal als Delegierten.

Ueber die Aussperrung in Siegen und Umgegend sprach Kiesel. Die Aussperrung ist von den Fabrikanten ins Werk gesetzt, weil die dortigen Kollegen, gestützt auf ihre Organisation, eine Verbesserung der Löhne anstrebten, die in jener Gegend noch schlechter sind wie in Norddeutschland. Die Haltung der Ausgesperrten, die in der Mehrzahl aus Arbeiterinnen bestehen, ist vor-züglich und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Es ist selbst-verständlich, daß die Kollegen allerorts einmütig sind in dem Ge-danken, die Ausgesperrten in jeder Hinsicht zu unterstützen und durch ihr geschlossenes Zusammenhalten dem Ansturm des Unter-nehmensmutes einen Damm entgegenzusetzen.

Wuhl machte einige Mitteilungen über den Streik beim Fabrikanten Fürst in Berlin, Schillingstraße. Dort wurden un-gewöhnlich niedrige Löhne bezahlt. Nachdem es mit Hilfe der Organisation gelungen war, den Fabrikanten zur Zahlung der tarifmäßigen Mindestlöhne zu bewegen, entließ er einige Arbeiter, angeblich wegen Mangel an Arbeit. Als dann aber an Stelle der Entlassenen fremde Arbeitskräfte eingestellt wurden, mußte man annehmen, daß es sich um Maßregelungen handelte. Diese Annahme wurde zur Gewissheit, als schließlich auch derjenige Kollege entlassen wurde, welcher für Aufrechterhaltung des Tarifes tätig war. Verhandlungen mit der Verbandleitung lehnte der Fabrikant ab. Daraus legten die bei Fürst Beschäftigten die Arbeit nieder. Es haben sich jedoch im Laufe der Zeit einige Arbeiter und Arbeiterinnen gefunden, die Arbeitswilligendie bei Fürst verrichten. Wie gewöhnlich, so trat auch bei dieser Gelegenheit wieder die Polizei auf den Plan, um in ebenso scharfer wie un-gerechtfertigter Weise gegen die Streikposten vorzugehen. Der Aufenthalt in der Schillingstraße wurde ihnen verboten. Wer das ungeschickliche Verbot nicht beachtete, wurde scharf, monatelang stundenlang auf der Polizeiwache festgehalten usw. Das alles hinderte aber die Arbeiter nicht, ihr Recht des Streikpostens weiter auszuüben. Wuhl schilderte ein Erlebnis, welches er selber bei dieser Gelegenheit hatte. Er ging in Begleitung eines Kollegen durch die Schillingstraße. Vor der fürstlichen Fabrik patrouillierten zwei Schupkeule, denen sich bald noch ein dritter hinzugesellte, der, wie sich später herausstellte, auf Veranlassung des Fabrikanten einstand war, weil sich „Einer von der Verbandsleitung“ (nämlich Wuhl) in der Schillingstraße sehen ließ. Einer der Beamten forderte Wuhl auf, die Schillingstraße zu verlassen. Wuhl er-klärte dies Verlangen als ungerechtfertigt und entsehte sich nicht. Er wurde scharf und auf der Wache einem peinlichen Verhör unterzogen. Trotz seines Protestes gegen die ungeschickliche Freiheits-beraubung mußte Wuhl zwei Stunden auf der Wache bleiben. Ein Kollege, der sich nach Wuhls Verbleib erkundigte, wurde scharf zurückgewiesen. Wuhl verlangte die Aufnahme eines Protokolls über den Gehang der Polizeikontingente, verzweigte das und entließ Wuhl schließlich mit der Bemerkung, er solle sich nicht mehr in der Schillingstraße sehen lassen. Wuhl führte aus der unfreund-

lichen Umgebung auf der Polizeiwache mit der Versicherung, er lasse sich keine Vorschriften darüber machen, wo er sich aufhalten habe, er werde auch die Schillingstraße passieren, so oft es ihm beliebt.

Vermischtes.

Die Strandung des Dampfers „Leutonia“. An der arabischen Küste ist, wie schon gemeldet, der Frachtdampfer „Leutonia“ der Hamburg-Amerika-Linie gestrandet. Das Schiff gilt nach den letzten Meldungen für vollständig verloren. Von den 36 Mann der Besatzung konnten sich nur der Kapitän Scherries und etwa zwanzig Mann retten, von den übrigen sechzehn fehlt auch bis zur Stunde jede Nachricht. Die „Leutonia“ war lediglich ein Frachtdampfer und führte keine Passagiere. Das Schiff wurde 1889 in Hamburg ge-baut, es umfaßt 3000 Tonnen, ist 98,8 Meter lang, 12 Meter breit und 7 Meter tief; seine Maschinen haben 1600 Pferdekraft.

Sturz in die Tiefe. Der „Reußländer Zeitung“ zufolge ist bei den Reparaturarbeiten an der evangelischen Pfarrkirche in Ober-Blogau ein Seil des in 20 Meter Höhe angebrachten Schwere-gerütes, auf dem 5 Maurer arbeiteten, gerissen. Einem gelang es, ein Seil zu erfassen und sich dadurch zu retten, einer ist tot und drei sind schwer verletzt.

Eine Frau abgestürzt. Beim Abstieg vom Glücksstein zwischen Hahnpfaten und Vornhütte ist vorgestern eine Frau Leopold aus Barfchau, die mit ihrem Gatten eine Bergpartie auf das Wetter-horn unternommen hatte, von einem aus dem Felsen gesprengten Wege abgestürzt. Der Tod erfolgte bald nach dem Absturz. Die Leiche wurde nach Grindelwald gebracht.

Ein Automobil getötet. Aus Jackson (England) wird be-richtet, daß bei einem Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Straßenbahnwagen drei Personen getötet und zwei schwer verletzt worden sind.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 44. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Inhalt des Heftes: Ein tolgelobenes Kind. — Die fremden Arbeitskräfte in Deutschland und die preußisch-deutsche Gesetzgebung und Verwaltungspraxis. Von Max Grammal. — Die politische Lage in den Vereinigten Staaten und die demokratische Partei. Von L. V. Roubin. — Revue. — Jubiläumsgesellen in Rumänien. Von Otto Reußhäh. — Literarische Rundschau: Alice Salomon. Die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit. Von ad. br. — Emil Rißke, Gemeindepolitiker und Sozialdemokrat. Von Paul Rißke. — Kötzgen: Kleinere Beiträge zu Schöpfers Materialien über die Aus- und Einwanderungsgesetze. Von M. Gr. — On der Festschreibergesellschaft. Von E. G.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch-handlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und soeben Nr. 16 des 17. Jahrganges eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Kritik des Parteivorstandes zum Parteitag. — Anruf der Vertrauens-derlen der Genossinnen Deutschlands. — Zur Einwanderungsfrage. Von Luise Riey. — Eine sozialistische Enquete über die sofortige Einführung des Frauenwahlrechtes. (Fortsetzung.) — Umsturz und Revolution. V. Von J. B. — Der Verbandstag der Nonnenvereine — ein Schritt rückwärts? I. Von Helma Steinbach. II. Zur Erweiterung. Von W. D. — Zur Dienstbotenfrage. Von Ida Hans-Lux. — Aus der Bewegung: Weibliche Delegierte zum internationalen Sozialistenkongress und zur internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Stuttgart. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Ge-nossinnen des Kreises Teltow-Beetzow-Storow-Charlottenburg. — Die Weibchen im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus dem Reich der christlichen Zeitungsdrucke. Von W. K. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl. — Kötzgen: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenwahlrecht. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenzettel: Es ist ein Bluffstrom ausgeflossen. Von Leon Hohl. (Gebicht.) — Trine. Von Otto Kriese. — Bergpsalm. Von G. zu Schönwald Carolath. — Das Zwischenstück. Von A. R.

Für unsere Kinder: Die Verrhen. Von Ludvig Umland. (Gebicht.) — Die alte Bache. Von Ernst Kinsch. — Die drei Ritzener. Von Nikolaus Penau. (Gebicht.) — Das häßliche junge Kätzlein. Von G. T. Anderlen. — Schau ich in die Helle Ferne... Von Friedrich Gebdel. (Gebicht.) — Sommer im Polareis. — Jürgensmännlein. Von Franz Wädling. (Gebicht.) — Der Knabe und das Rindlein. Von Rißbezahl. — Von einem Hinken und wie es ihm auf dieser Welt erging. Von H. Schorreimann. (Fortsetzung.) — Eine Froschgeschichte. Von Karl Manfred Räder. (Gebicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf., unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Von „Wahren Jacob“ ist und soeben die 16. Nummer des 24. Jahrganges eingegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Die heilige Familie vom Klimandischaro“ und Die Entwicklung des Friedensbegriffs“, sowie die weiteren Illustrationen „Der gedruckte Weg zur völligen Rehabilitation Dr. Peters“, „Postungswolle Genie in Sicht“, „Männlicher Weibchenmantel“, „Preußische Schulen“, „Ein königliches Werk“, „Dorfstraße in Thüringen“, „Ein Autokrat“, „In Peterhof“ und „Anbereicherung am Klimandischaro“. Der fertige Teil enthält die Gebichte „Das lehrbare Lustspiel“, „Die neuen Kammern“, „Aus gefährlichem Boden“, „Rote Sonette“, „Die heilen Sächsen“, „Der Welt Laui“, „Wilhelm v. Karstorf“, „Vor fünfzig Jahren“, „Nichts Kompostschüssel“, „Der Anarchist“ und außer mehreren anderen Beiträgen „Dissonanzen“, „Ergen von Paul Enderling“, „Zur Geschichte der Samaritaner“ von Wilhelm Bloß, „Moderne Fabeln“ und die illustrierte Probenummer der Zeitschrift für das feudale Deutschland „Das Hof“.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Witterungsübersicht vom 5. August 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Temper. in C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Temper. in C.
Strehle	761	SE	2	16,5	Hannover	761	SE	1	16,0
Darmstadt	759	SE	2	16,5	Petersburg	759	SE	1	16,0
Berlin	761	SE	1	16,5	Warschau	760	SE	1	16,0
Frankfurt	760	SE	1	16,5	Wien	754	SE	2	16,0
München	762	SE	1	16,5	Paris	760	SE	1	16,0
Wien	762	SE	1	16,5					

Weiter-Propgnose für Dienstag, den 6. August 1907. Warm und vielwolke heiter, aber veränderlich, mit Gewitterneigung und meist schwachen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 4. 8.	am 5. 8.	Wasserstand	am 4. 8.	am 5. 8.
Remel, Mühl	230	-7	Havel, Spandau	122	-11
Pregel, Jüterburg	93	-8	Havel, Rathenow	126	+1
Spree, Spremberg	102	-8	Havel, Potsdam	110	-2
Oder, Haidhof	144	-14	Havel, Berlin	201	+3
Oder, Krossen	151	-10	Elbe, Rendsburg	-53	-10
Oder, Frankfurt	199	-12	Elbe, Rendsburg	-	-
Elbe, Rendsburg	125	-	Elbe, Rendsburg	-	-
Elbe, Rendsburg	128	-1	Elbe, Rendsburg	239	-2
Elbe, Rendsburg	37	-1	Elbe, Rendsburg	-	-
Elbe, Rendsburg	9	+14	Elbe, Rendsburg	33	-5
Elbe, Rendsburg	186	-7	Elbe, Rendsburg	-	-
Elbe, Rendsburg	170	-8	Elbe, Rendsburg	-	-
Elbe, Rendsburg	104	-8	Elbe, Rendsburg	-	-

+) + bedeutet Wuchs, - Fall, - ? Unterpegel.